

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Das Weltproletariat stellt sich vor die Sowjet-Union

Die II. Internationale zur Kriegsgefahr — Ein bedeutsamer Beschluß

Die Exekutive der sozialdemokratischen Internationale hat am 20. Mai in Zürich zur drohenden Kriegsgefahr einen Beschluß gefaßt, dessen wichtigste Stellen lauten:

„Ein Angriff Japans auf Rußland kann einen Weltkrieg heraufbeschwören. Die Arbeiter fordern:

1. Sofortige und bedingungslose Räumung Schanghai und der Mandchurei durch die japanischen Streitkräfte.

2. falls Japan dies verweigern sollte, die Abberufung aller Gesandten und Botschafter aus Japan;

3. wenn nötig, die Anwendung von wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, falls Japan nicht bereit ist, zu tun, was im Interesse des Weltfriedens geschehen muß.

Wenn Japan trotz alledem seine Angriffsvorbereitungen und Drohungen nicht einstellen sollte, so wird die SAJ an den Internationalen Gewerkschaftsbund appellieren, um gemeinsam mit allen Mitteln sich der Herstellung und Verschiffung von Munition, Kriegsmaterial und Waren nach Japan zu widersetzen und alle Schiffe, die aus Japan eintreffen oder dorthin fahren, zu boykottieren.

Die Arbeiter werden sich mit der Verteidigung der Sowjetunion solidarisch erklären, falls sie angegriffen wird. Sie werden das Attentat auf den Frieden anprangern. Sie werden jedem Uebergreifen des Krieges auf andere Länder entgegenzutreten, ebenso wie sie sich jedem Versuch widersetzen werden, andere Länder in den Krieg gegen Sowjetrußland einzubeziehen.“

Was hier die Führer der II. Internationale von den kapitalistischen Regierungen fordern, wie Abberufung der Gesandten aus Japan, finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen usw., ist eine Utopie. Alle kapitalistischen Regierungen sympathisieren doch offen oder versteckt mit dem japanischen Kriegsräuber, besonders soweit er seinen Angriff gegen die Sowjetunion richtet.

Das klar zu erkennen und auszusprechen ist die erste Voraussetzung für einen wirkungsvollen Kampf des Proletariats in allen kapitalistischen Ländern gegen den imperialistischen Angriff auf die Sowjetunion. Dagegen sind die Forderungen und Vorschläge der II. Internationale zur direkten Verteidigung der Sowjetunion durch die Arbeiter und ihrer Organisationen in allen Ländern erfreulich und gut. Es wäre grundfalsch, wenn darauf von seiten der kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen nur Ablehnung und Geschimpfe als Antwort käme. Vielmehr müssen die Führer der II. Internationale und ihrer Länderparteien beim Wort genommen werden. Durch Herstellung der einheitlichen Kampffront mit den Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern und sozialdemokratischen Arbeitern muß erzwungen werden, daß die Be-

schlüsse der Exekutive nicht leere Worte bleiben, sondern in die Tat umgesetzt werden.

Für die Durchführung dieser Beschlüsse ist aber unerläßliche Voraussetzung, daß die sozialdemokratischen Parteien ihre bisherige Politik der „Vaterlandsverteidigung“, der Tolerierung und Unterstützung der kapitalistischen Regierungen preisgeben. Der Krieg Japans gegen Rußland entspringt nicht einer besonderen Bösheit der japanischen Militärs, sondern dem Gegensatz des Weltimperialismus zur proletarischen Sowjetmacht. Der Kapitalismus in allen Ländern will sich durch Krieg und Niederschlagung der Sowjetunion den Ausweg aus der Krise bahnen. Deshalb sympathisieren alle kapitalistischen Regierungen mit Japan.

Bricht der Krieg gegen die Sowjetunion los, dann wird er nicht nur in Ostasien, sondern noch viel mehr in Europa durch Polen, Rumänien usw., die Vasallen Frankreichs und Englands geführt. Hier liegt sogar die Hauptgefahr. Dazu muß jede wirklich proletarische Partei Stellung nehmen und mit allen Mitteln der kapitalistischen Regierung, die direkt oder indirekt am Krieg gegen Rußland teilnimmt, in den Arm zu fallen. Wird dann die SPD gegen die deutsche, die SPK gegen die französische, die englische Arbeiter-

partei gegen ihre Regierung Stellung nehmen und mit allen Mitteln kämpfen?“

Die Fragen müssen jetzt gestellt werden. Solange aber die SPD Brüning toleriert und jetzt die SP Frankreichs drauf und dran ist, in die Regierung einzutreten, die im Kriege der gefährlichste Feind Rußlands sein wird, ist jeder Beschluß der II. Internationale zur Verteidigung der Sowjetunion eine leere Phrase. Ja schlimmer als das. Ein feierlicher Antikriegsbeschluß ohne den Willen, ihn mit aller Konsequenz und durch sofortige entsprechende Handlungen in die Tat umzusetzen, ist im kritischen Moment eine Täuschung der Arbeiter und damit eine Unterstützung der Kriegstreiber.

Das hat der berühmte Antikriegsbeschluß von Basel 1913 gezeigt. Er hat nur die Arbeiter in falsche Hoffnungen gewiegt und sie verhindert, den wirklichen Kampf gegen imperialistischen Krieg vorzubereiten und im entscheidenden Augenblick durchzuführen.

Darum: Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion mit allen Mitteln. Aber keine leeren Worte, sondern sofort zu den notwendigen Taten geschritten. Das heißt rückichtslosen Klassenkampf aller Proletarier gegen den Kapitalismus und Imperialismus im eigenen Land.

Blutbad unter Erwerbslosen in Thüringen 1 Toter, 19 Schwerverletzte

In Waltershausen bei Gotha in Thüringen hat die von Nazioffizieren geführte Polizei in eine Erwerbslosendemonstration hineingeschossen. 20 meist Schwerverletzte blieben auf dem Platz. Ein Arbeiter, Oskar Kaufmann, ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Unter den Schwerverletzten befindet sich ein elfjähriger Junge, der zwei Schüsse, einen ins Becken und einen in die Schulter erhielt.

Die Demonstration fand statt im Anschluß an eine Riesenversammlung von 2000 Personen, die gegen eine erneute Herabsetzung der Wohlfahrtsunterstützung Protest erhob.

Die Lügenmeldung der bürgerlichen Telegraphenbüros und Zeitungen, daß 7 Schupos schwer verletzt seien, mußte inzwischen widerrufen werden. Nur ein Schupo ist verletzt.

Die Not der Erwerbslosen schreit zum Himmel. Sie ist in Thüringen besonders groß.

In Thüringen sind die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung ohnedies weit unter dem Reichsdurchschnitt.

In vielen Mittel- und Kleinstädten, so auch in dem 7000 Einwohner zählenden Waltershausen, lebt die Mehrheit der Bevölkerung

seit vielen Monaten nur noch von den elenden Bettelpennigen der Wohlfahrt. Kein Wunder, daß die Arbeitslosen von einer ungeheuren Erregung ergriffen wurden, als sie erfuhren, daß ihre Wohlfahrtsunterstützung um weitere 10 Prozent gekürzt würde.

Schon vor einiger Zeit hatte sich in Waltershausen eine Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten, ja sogar auch nationalsozialistischen Erwerbslosen gebildet. Das Einheitskomitee, dem neben Sozialdemokraten und Kommunisten auch ein arbeitsloser Nazi-Ingenieur angehört, verhandelte am Freitag früh mit dem Bürgermeister. Währenddessen demonstrierten die Massen vor dem Rathaus. Später fand dann die Versammlung statt. Die Ortspolizei hatte inzwischen ein Ueberfallkommando von Gotha herbeigerufen.

Als im Anschluß an die Versammlungen nochmals mit dem Bürgermeister verhandelt wurde und sich wieder eine Demonstration vor dem Rathaus versammelt hatte, gab die Polizei sofort eine Salve auf die Menge ab.

Nach Augenzeugenberichten wälzten sich kurz nach Abgabe der Polizeischüsse an die zwanzig Personen schwer verletzt am Boden.

Noch am gleichen Abend wurden zahlreiche kommunistische Funktionäre verhaftet. Eine Funktionärsitzung wurde gesprengt. Die ganze Nacht über wurden Haussuchungen vorgenommen. Polizei drang sogar bis in die umliegenden Wälder vor, wohin sich einzelne Gruppen der verfolgten Demonstranten geflüchtet hatten.

Freitag früh legte die Belegschaft des einzigen im Ort arbeitenden Betriebes — 250 Mann — die Arbeit zum Protest nieder. Um 11 Uhr kam es mit dieser Belegschaft zu Zusammenstößen, wobei die Polizei rücksichtslos mit dem Gummiknüppel vorging.

Blau Bohnen statt Brot! Das war schon immer die einzige Weisheit der Rektionäre. Das ist auch das Mittel der deutschen Republik, wie der Nazihäuptlinge und Anhänger des Dritten Reichs.

Ein Sturm des Protests und des geschlossenen Kampfes aller Arbeiter im Reich muß die Antwort sein.

Generalstreik in Griechenland

TU Athen, 21. Mai 1932.

Der Streik der Postbeamten wird mit Erfolg fortgesetzt. Seit Tagen ist die Telegramm- und Briefbestellung so gut wie unterbunden. Die eingestellten Hilfskräfte mußten zum Teil wieder entlassen werden, weil Verletzungen des Briefgeheimnisses vorkamen, Einschreibbriefe geöffnet wurden und große Mängel bei der Herstellung telegraphischer Verbindungen auftraten.

Die Streikbewegung dehnt sich inzwischen weiter aus. Die Zollbeamten, Steuerbeamten und Finanzbeamten beabsichtigen, sich der Bewegung anzuschließen. Die Arbeitsplätze in den Zollämtern sind leer. Auch die Beamtenstäbe der übrigen Ministerien sind sehr streikfreundlich gestimmt und sammeln Unterstützung für die Streikenden. Die Arbeiterschaft sowie die Straßenbahner wollen gleichfalls streiken.

Venizelos erklärte, daß die Regierung den Beamtenstreik als Revolution ansehe und Griechenland als im Kriegszustand befindlich betrachte. Den Postbeamten droht nach Ablauf der Frist, die ihnen für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellt wurde, eine Verfolgung durch das Kriegsgericht wegen Fahnenflucht. Die Lage wird dadurch noch verschärft, daß die Opposition aller Voraussicht nach die Verschärfung des Pressgesetzes, die heute abend in der Kammer zur Sprache kommen soll, ablehnen wird. Venizelos hat für diesen Fall den Rücktritt der Regierung angekündigt.

Seit Freitag nacht laufen in Sofia schwer kontrollierbare Nachrichten über einen Generalstreik in Griechenland um und im Zusammenhang damit über blutige Straßenkämpfe

Krieg als Krisenventil

Der Krieg, den Japan auf dem asiatischen Festland getragen hat und dessen verschärfte Fortsetzung die jetzige Regierungsumwandlung vor allem signalisiert, ist der erste großangelegte Versuch eines hochkapitalistischen Staates, dem Druck der Krise mit der Waffe des Imperialismus auszuweichen. Es ist kein Zufall, daß Japan auf diesem Wege vorangeht, und nichts wäre absonderlicher, als die Vorgänge aus der besonderen Blut- und Machtglieder der japanischen Generäle zu erklären. In dieser Beziehung gibt es unter den Militärs aller Länder keinen Unterschied und auch die japanischen Generäle würden nicht vermögen, einen Krieg zu inszenieren, wenn dieser sich nicht mit den Interessen der herrschenden Klasse deckte. Wenn darum Japans Generäle als erste in die Lagen kommen, ihr Handwerk praktisch auszuüben, so vor allem, weil Japan stärker als jedes andere Land den Druck der Weltkrise spürt und weil sich für es der Imperialismus als das einzige Ventil darstellt, das noch eine Entspannung herbeizuführen vermag.

Schon ein flüchtiger Blick auf die Besonderheit der Lage des Kapitalismus in Japan läßt die Zusammenhänge erkennen. Enger als anderswo lebt dort ein Sechzig-Millionen-Volk auf schmalen Raum, dessen Boden höchstens zu einem Fünftel bebaubar ist und diesem darum nur ein karges Auskommen gestattet. Die Angst, eine Beute des weißen Imperialismus zu werden, gab den ersten Anstoß zur Entwicklung einer Industrie, wobei Japan einfach die hochstehende Technik Europas übernahm und sie dem Lande unvermittelt aufpfropfte. Ohne jeden Uebergang erwuchs mitten aus einem mittelalterlichen Feudal-system heraus eine moderne Großindustrie, und da sich die alte gesellschaftliche Verfassung als zu stark erwies, wurde sie einfach auf die Industrie übertragen. Einmal im Lande, entwickelte die Industrie aber ihre eigenen Gesetze. Gelockt und angespornt durch die schon auf Grund der niedrigen Löhne erzielbaren hohen Profite wurde die Industrie immer weiter forciert, so daß dieser schneller als in jedem anderen Lande, das sich der Industrie erschloß, sich die eigenen Grenzen als zu eng erwiesen und der Zwang zum Absatz auf dem Weltmarkt eintrat. Heute hängt mehr als die Hälfte der gesamten japanischen Industrieproduktion von der Ausfuhr ab, während der Ausfuhranteil selbst in den alten hochentwickelten Industrieländern wie England oder Deutschland normalerweise nur etwa ein Fünftel ausmacht.

Zu dieser Abhängigkeit der japanischen Industrie von dem internationalen Absatzmarkt gesellt sich noch eine zweite, nicht minder entscheidende: die Eisen- und Stahlproduktion, diese unmißbare Grundlage jeder modernen Industrie, findet in Japan denkbar ungünstigste Bedingungen. Rund 90 Prozent der verarbeiteten Erze kommen aus andern Ländern, die Kohlenvorkommen liegen abseits und können nur mit hohen zusätzlichen Kosten erschlossen werden. Etwa die Hälfte des Eisen- und Stahlverbrauchs muß importiert werden.

Diese Tatsachen erklären die Intensität der imperialistischen Bestrebungen, die für Japan seit dem Beginn seiner Industrialisierung kennzeichnend ist. Die starke Abhängigkeit von dem ununterbrochenen Fluß des internationalen Handels zwang die herrschende Klasse zunächst zu einer kostspieligen maritimen Rüstung. Zum andern aber wurde sie auf die Sicherung der notwendigen Rohstoffbasen verwiesen, die sich für Japan vor allem auf dem asiatischen Festland und hier wieder am günstigsten in der Mandchurei boten. Planmäßig hat darum Japan seit Jahrzehnten auf die Eroberung dieser chinesischen Provinz zugesteuert. Zunächst annektierte es die zur Mandchurei führende Brücke, die Halbinsel Korea, um von hier aus die Mandchurei je länger je tiefer zu durchdringen, wobei sich als besonderes Machtmittel die Errichtung und Beherrschung der Südmandschurischen Eisenbahn erwies. Mit diesem japanischen Unternehmen ist mehr verbunden als nur die Beherrschung des Eisenbahnverkehrs. Ihm angegliedert sind vielfältigste Industrie- und Handelsbetriebe, als da sind Bergwerke, Oelfabriken (zur Verwertung der Sojabohne), Eisenwerke, Düngemittelfabriken, Hafenanlagen, Elektrizitätswerke u. dergl. Insgesamt wird der buchmäßige Wert dieses ungeheuren Staatsunternehmens auf rund 750 Millionen Yen beziffert, während die wirklich investierten Kapitalien etwa dem Doppelten dieses Betrages entsprechen dürften.

Neben der Eisenbahnlage selber entfällt der größte Teil der Kapitalanlagen auf die Bergwerksunternehmen, die vor allem der Versorgung Japans mit Roheisen dienen. Zur Zeit bestehen in der Mandchurei 7 Hochöfen mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von 382 000 t Roheisen. Ein neuer Hochofen mit einer täglichen Leistungsfähigkeit von 500 t ist im Bau, so daß sich die Gesamtleistungsfähigkeit schon in allernächster Zeit noch bedeutend erhöht. Eine Stahlindustrie besteht zur Zeit in der Mandchurei nicht. Japan bezieht die Produkte

der Mandchurei in der Form von Roheisen, dessen Kosten sich aber unter Mithilfe der Beihilfe des chinesischen Ausfuhrzollens und des japanischen Einfuhrzollens zu stehen kommen als bei anderwärtigem Bezug. Man begriff daher das japanische Interesse an einer Annexion auch der Mandchurei: erst die Besetzung der Grenzen macht die Mandchurei zu der wirklichen Rohstoffbasis Japans, ganz abgesehen davon, daß der japanische Kapitalismus dann ohne Verzug dazu übergehen könnte, in der Mandchurei auch Stahlwerke zu errichten.

Die erfolgte Besitzergreifung der Mandchurei durch Japan, die äußerlich vorläufig noch durch die Umwandlung der Mandchurei in einen angeblich selbständigen Staat verschleiert wird, bringt die japanischen Bestrebungen auf völlige Beherrschung der Mandchurei zu einem vorläufigen Abschluß. Die Krise, die alle Industriestaaten der Welt bis zur völligen Ohnmacht lähmte, wurde von Japan bewußt als der willkommenste Augenblick benutzt, seine alten Pläne in der Mandchurei zu verwirklichen.

Der Erfolg war indessen teuer erkauft. China beantwortete den japanischen Beutezug in der Mandchurei mit einem Boykott der japanischen Waren. Schon immer für jeden Staat die gefürchtetste Waffe, über die China verfügt, erwies sie sich gegenüber Japan schon darum als besonders schneidend, weil China den größten Absatzmarkt für Japan bildet und beispielsweise im Jahre 1929 mit 25,4 Prozent an dessen Außenhandelsumsatz beteiligt war. Diese einzigartige Bedeutung als Absatzmarkt hat China für Japan auch nach dem Einbruch der Weltkrise behalten. Während wie allgemein auch die Einfuhr Chinas im Jahre 1930 zurückging, hat Japan seine Handelsstellung in China als einziger Staat auf der ganzen Linie zu behaupten vermocht und blieb auch im Jahre 1930 mit 24,68 Prozent an der Einfuhr und mit 24,20 Prozent an der Ausfuhr Chinas beteiligt. Der chinesische Boykott hat nun diese für Japan günstige Entwicklung jäh unterbrochen. Der Absatz nach China ging allein im ersten Quartal des laufenden Jahres von 50 auf 18 Mill. Yen zurück und hatte für Japan um so verhängnisvollere Folgen, als er mit einer allgemeinen weiteren Schrumpfung seines Absatzes auf den Weltmärkten zusammentraf. Die Gesamtausfuhr Japans liegt heute mit einem Monatswert von 80 Mill. Yen unter der Hälfte der Jahre 1927 bis 1929.

Für die herrschende Klasse in Japan rief dieser Ausfuhrrückgang neue Gefahren herauf. Die Außenhandelsbilanz, die soeben schon infolge der notwendigen Lebensmittellieferungen nur mit großer Mühe aktiv gehalten werden konnte, erhielt einen kräftigen Stoß, so daß sich das

Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr zum Nachteil der letzteren direkt in das Gegenteil verkehrte. Dies führte wieder zu einer unmittelbaren Bedrohung der Währung, die ohnehin durch die Preisgabe des Goldstandards im vorigen Herbst ihre feste Basis verloren hat. Auch durch stärkste Goldexporte — der japanische Goldbestand sank seit März 1931 von 886 auf 429 Millionen Yen — war ein zunehmender Rückgang des Yen, der heute gerade noch mit zwei Drittel seiner Parität bewertet wird, nicht aufzuhalten. Fügt man dem allen noch die riesigen Summen hinzu, die der japanische Krieg verschlingt — sie werden allein bis zum Augenblick auf 160 Mill. Yen beziffert —, dann erhält man ein ziemlich abgerundetes Bild von den Nöten, die die japanische Bourgeoisie zur Stunde bedrängen.

Der Ausweg? Die „Frankfurter Zeitung“ hat ihn kürzlich wie folgt beschrieben: „Während man sonst diesem Uebelstand (der passiven Handelsbilanz) technisch durch Devisenzwangmaßnahmen zu steuern beabsichtigt, sucht Japan durch Erschließung neuer Absatzgebiete Exportpolitik auf weite Sicht zu treiben.“ Dies nun ist die Mission der faschistischen Generäle, die jetzt in Japan die Führung in ihre Hand zu nehmen im Begriffe stehen, und allein schon diese äußerliche Aenderung in der Führung rühmt die Methoden an, die die herrschende Klasse Japans hierzu anwenden wird: Kanonen und Maschinengewehre der Generalfeldmarschälle sollen schaffen, was dem Bemühen der Generaldirektoren versagt geblieben ist und die Tore zu neuen Absatzmärkten gewaltsam aufstoßen. Auch kein Zweifel besteht darüber, welche Richtung dieser Kriegszug einschlagen wird: er richtet sich auf Sowjetrußland, wobei Japan noch die Aussicht winkt, daß es hierbei die Unterstützung der übrigen kapitalistischen Staaten findet. Das ist es, was mit „Exportpolitik auf weite Sicht“ gemeint ist, denn daß ein Vorstoß nach Sowjetrußland nicht sofort die japanische Industrie ihrer Absatzsorgen enthebt, darüber gibt sich auch die japanische Bourgeoisie keiner Täuschung hin. Aber bis dahin winkt ihr eine andere Chance: Der Krieg und die Aktionen der Generäle werden schon dafür sorgen, daß die stillliegende Industrie wieder zu Aufträgen kommt.

Der Krieg als Krisenventil: Die Spatzen pfeifen es längst von den Dächern, daß für die Kapitalistenklasse der ganzen Welt der Krieg die letzte Hoffnung ist, sich der würgenden Hand der Krise zu entziehen. Japan nimmt nur zeitlich eine Entwicklung vorweg, in die der Kapitalismus mit jedem Tage sichtbar drängt.

Ein neues Pronunziamento der japanischen Generäle

Die Kabinettsbildung verzögert

TU. Tokio, 21. Mai 1932

Die japanische Kabinettskrise fand am Freitag entgegen den Erwartungen politischer Kreise noch keine Lösung. Die Verzögerung ist auf einen neuen Schritt mehrerer Armeeführer bei dem Kriegsminister Araki zurückzuführen. Die Abordnung, der u. a. der Generaldirektor für die militärische Erziehung, General Muto, sowie der Vizechef des Generalstabs Mazaaki, angehörten, protestierte in eindeutigster Form

gegen ein Kompromiß mit der Seyukai-Partei bei der Neubildung des Kabinetts.

Diese müsse rein national gestaltet werden. Nur ein nationales Kabinetts werde fähig sein, das nötige Vertrauen wieder herzustellen, um Japan sicher durch die gegenwärtige Krise zu steuern. Die Armeevertreter wiesen darauf hin, daß endlich mit dem Mißbrauch des Parteiensystem Schluß gemacht werden müsse und forderte eine tatkräftige Unterstützung der darniederliegenden Landwirtschaft. Anschließend an diesen Schritt hatte Prinz Saonji eine Konferenz mit den politischen Führern, deren Ausgang darauf schließen läßt, daß möglicherweise auch Baron Hiranuma als Anwärter auf den Posten des Ministerpräsidenten in Betracht kommt. Hiranuma ist Präsident der nationalsozialistischen Gesellschaft Kokohonscha, die an der Spitze der japanischen faschistischen Bewegung steht.

Suzukis Programm

TU. Tokio, 21. Mai 1932

Auf der Versammlung der Seyukai-Partei gab der Parteiführer und Innenminister Suzuki, der als einer der aussichtsreichsten Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten angesehen wird, eine programmatische Erklärung über seine Politik ab. Sie enthält folgende 5 Punkte:

1. Erleichterungen für die Landwirtschaft, deren Unglück keine weitere Verzögerung zulasse, sowie Erleichterungen für die Klein-kapitalisten und die Arbeiter.

2. Verbesserung der nationalen Verteidigung.
3. „Selbstbestimmte“ Außenpolitik.
4. Reinigung der Politik.
5. Führung der öffentlichen Meinung und Entwicklung in nationalem Geiste.

*

Das ist im wesentlichen das Programm, wie es von den Armeeführern verlangt worden ist und würde jedenfalls von keiner faschistischen Partei überboten werden können. Die „Erleichterungen“ für die Kleinkapitalisten und die Arbeiter“ sind natürlich — wie übrigens in jedem Faschistenprogramm — nur auf eine Täuschung der Bevölkerung berechnet. Desto ernster sind die anderen Forderungen gemeint und was unter diesen zu verstehen ist, das bedarf zumindest im heutigen Deutschland keiner näheren Interpretation, der Faschismus der sich hier genau der gleichen Formulierungen bedient. Wenn trotz dieser Unterwerfung der Seyuka-Partei unter die Befehle des Faschismus diese Partei keine Gnade vor den Augen der Armeeführer findet, so zeigt dies nur, daß diese nach bekannten Vorbildern in völliger Ungehindertheit die Politik bestimmen wollen.

Neue Forderungen

TU. Tokio, 21. Mai 1932

Der japanische Innenminister Suzuki hatte am Freitag abermals eine Besprechung mit dem Chef des Generalstabes, Prinz Kanin, in Gegenwart des japanischen Kriegsministers Araki und des Vizechefs des Generalstabs, General Misaki. Wie jetzt bekannt wird, haben die japanischen Militärs neue Forderungen aufgestellt, durch die die Kabinettsbildung sehr erschwert wird. Sie sollen die außenpolitischen Beziehungen Japans gegenüber dem Fernen Osten wie auch gegenüber den Vereinigten Staaten zum Gegenstand haben. Ob daher Suzuki jetzt noch bereit ist, das Kabinetts zu bilden, gilt als sehr zweifelhaft, weil man annimmt, daß er nicht in der Lage sei, diese Forderungen der Militärpartei annehmen zu können.

Goebbels interpretiert

Zwischen Zentrum und Nazis ist seit den Preußenwahlen ein neckisches Spiel im Gange. Beide Parteien sind besorgt, sich gegenseitig über ihre Absichten zu viel zu verraten, um den schließlichen Bund mit möglichst hohem Nutzen für sich selber zu besiegeln. Das Ergebnis sind dann jeweils Erklärungen, die mehr verbergen als verraten. So hat die nationalsozialistische Preußenfraktion in Anwesenheit Hitlers eine Entschliebung gefaßt, in der erklärt wird: „Die nationalsozialistische Partei hat nicht dreizehn Jahre gekämpft, um die Politik des heutigen Deutschlands in irgendwelchen Koalitionen fortzusetzen“, worauf die Preußenfraktion des Zentrums wieder prompt erklärte: „Die Zentrumskfraktion wird ihre Arbeit in den Diensten einer aufbauenden nationalen Realpolitik stellen“, worunter man ebenso gut dasselbe verstehen kann, was die Nazis meinen, wie auch das Gegenteil. Jedenfalls läßt sich die Zentrumskfraktion mit Absicht alle Entscheidungen offen und gibt den Nazis zu verstehen, daß sie Zeit hat abzuwarten, bis es diesen beliebt, deutlicher zu werden.

Das ist inzwischen geschehen. Im „Angriff“ schreibt Goebbels einen Artikel, in dem er „Noch einmal für die Dummen“ auf den Beschluß der Naziaktion zurückkommt und den oben wiedergegebenen Satz dahingehend interpretiert, daß der entscheidende Ton auf den Worten „um die Politik des heutigen Deutschlands fortzusetzen“ und nicht auf den Worten „irgend-einer Koalition“ liege. Woraus man jedenfalls entnehmen kann, daß den Nazis dringend an dem Zustandekommen einer Preußenkoalition auch und gerade mit derjenigen Partei liegt, die im Reich die Hauptverantwortung für die Politik der Notverordnungen trägt.

Verstärkung für die Mandchurei

TU. Mukden, 21. Mai 1932

Der Chef der japanischen Truppen in der Mandchurei, General Honjo, erklärte der Presse, die politische Lage in der Mandchurei sei äußerst gespannt. Die Zahl der Aufständischen in der Mandchurei mit Ausnahme der „irregulären Banden“ werde auf über 100 000 Man geschätzt. Das japanische Oberkommando habe bei der Regierung den Antrag gestellt, zwei neue Divisionen nach der Mandchurei zu entsenden, „um die Ordnung wieder herzustellen.“

Verhaftungen in Tokio

TU. Tokio, 21. Mai 1932

Die japanische Polizei verhaftete am Freitag wiederum 28 Personen unter dem Verdacht, an der Verschwörung gegen den ermordeten Ministerpräsidenten Inukai beteiligt zu sein. Ferner wurden in Sasebo vier Offiziere der japanischen Flotte unter dem Verdacht verhaftet, in Beziehungen zu Verschwörerorganisationen zu stehen. Alle Verhafteten erklärten, daß ihre Handlungsweise ihrer Liebe zum japanischen Vaterland entsprungen sei. Sie seien bestrebt gewesen, Japan vor dem kommunistischen Chaos zu retten.

Steinwürfe auf die japanische Botschaft

TU. Berlin, 21. Mai 1932.

Am Sonnabend mittag wurden in der japanischen Botschaft zwei große Fensterscheiben mit in Papier eingewickelten Steinen eingeworfen. Das Papier war unbeschriftet. Personen wurden nicht verletzt. Das Ueberfallkommando konnte keinen der Täter mehr ermitteln.

Kein Abzug der Atlantikflotte

TU. Washington, 20. Mai 1932.

Der Flottenchef Pratt gibt bekannt, daß die amerikanische Atlantikflotte bis 1. Oktober dieses Jahres im Stillen Ozean verbleiben wird.

Eine Milliarde Kreugerschulden

Die Kreugersche Untersuchungskommission stellt in ihrem Freitagabend veröffentlichten Schlußbericht u. a. fest, daß die Betrügereien Ivar Kreugers zum mindesten schon 1924 begonnen haben. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Kreuger- und Toll-Gesellschaft an Ivar Kreuger beziehungsweise dessen Erben Forderungen in Höhe von über 200 Millionen Kronen besitzt.

Kreugers persönliche Schulden betragen über 500 Millionen Kronen, und die von ihm übernommenen Bürgschaften mindestens 400 Millionen Kronen.

Die Aktiva sind zwar zum Teil wertvoll, aber in der Hauptsache verpfändet, und erreichen auch insgesamt nur einen geringen Bruchteil der Verpflichtungen.

Heinz Heitbaum / ein deutscher Justizskandal

Es war im Jahre 1923. Der damalige Reichskanzler Cuno hatte den glorreichen Ruhrkrieg erklärt. Der Wahnsinn des passiven Widerstandes feierte Orgien. Eine — für damalige Zeiten — erschreckende Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Verzweiflung waren die Folgen. Die Massen begannen zu rebellieren. Die KPD übernahm ihre Führung. Sie wurde im Herbst 1923 ver-



Justizministerium ein Begnadigungsgesuch ein, das am 29. Dezember 1931 abgelehnt wurde. Bei dieser Ablehnung sprach selbstverständlich auch der angeblich kriminelle Charakter der Taten des Genossen Heitbaum mit. Nun wird aber jeder der die Entstehungsgeschichte dieser Taten wirklich unvoreingenommen prüft, zugeben müssen, daß die Handlungen, derentwegen Genosse Heitbaum bestraft wurde, im engsten Zusammenhange mit den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen des Proletariats ausgeführt wurden und darum politische Handlungen waren. Doch selbst wenn man die Taten des Genossen Heitbaum als politisch nicht anerkennen will, wird man zugeben müssen, daß diese Handlungen, die nur Folgen der ungeheuren Notzeit waren, mit acht Jahren Zuchthaus mehr als abgehüßt sind.

Die Bourgeoisie allerdings ist anderer Meinung. Sie will diejenigen, welche Infolge der kapitalistischen Mißwirtschaft schuldig geworden sind (im bürgerlichen Sinne), nicht nur bestrafen, sondern sich auch an ihnen rächen. Und nichts anderes als die übelste, infamste Rachejustiz wird gegenüber dem Genossen Heitbaum praktiziert. Denn aus welchen

Gründen sonst versucht man, ihm auch aus seinem Verhalten im Zuchthaus einen Strick zu drehen? Nicht etwa, daß die Führung des Genossen Heitbaum zu irgendwelchen Klagen Anlaß gegeben hätte. Ganz im Gegenteil! Aber gerade diese tadelfreie Führung wird ihm jetzt von der Bürokratie zum Vorwurf gemacht; denn — so erklärt sie — er gibt zu Klagen nur deswegen keinen Anlaß, damit er begnadigt werde. Aus diesem Grunde könne eine Führung keinen Einfluß auf den Entschluß hinsichtlich des Begnadigungsgesuches ausüben! Soll man eine solche Antwort wirklich noch kommentieren? Hier sind böser Wille, infame Niedertracht und Rachsucht so offenkundig, daß jeder Kommentar nur Verschleierung bedeuten würde.

Jetzt allerdings hat die Anstaltsleitung keinen Grund mehr, sich über die gute Führung des Genossen Heitbaum zu beschweren. Denn er unternahm unter dem Eindruck der Ablehnung des Gnadengesuches am 5. Februar 1932 einen Fluchtversuch, der jedoch mißlang. Daß aber nicht nur die Ablehnung des Gnadengesuches, sondern auch die Methoden der Anstaltsdirektion den Genossen Heitbaum zu seinem Verzweiflungs-

schrift getrieben haben, dafür nur einen Beweis: Der HV im Wuppertal konnte von einem — ebenfalls politischen — Mitgefangenen Heitbaums ein schreibmaschinengeschriebener Brief geschickt werden, in dem Genosse Heitbaum aufs übelste beschimpft und andere Gefangene denunziert wurden. Man kann sich also leicht vorstellen, was Genosse Heitbaum jetzt durchzumachen hat. Darum müssen alle Kräfte angespannt werden, um ihn zu befreien.

Dieser Kampf ist aber nicht nur ein Kampf für den Genossen Heitbaum, sondern für uns selbst, für jeden einzelnen von uns. Die Klassenjustiz beweist uns jeden Tag aufs neue, daß sie bei unserem Abwehrkampf gegen die faschistischen Mordbanden auf Seiten der Mörder steht. Wir müssen darum einer solchen Justiz zeigen, daß wir nicht gewillt sind, ihre Terrorurteile widerstandslos hinzunehmen. Das geschieht am besten durch unser Eintreten für verurteilte Genossen.

Darum bringt überall Resolutionen für Heinz Heitbaum ein und schickt sie an die Internationale Hilfsvereinigung, Berlin SW, Wilhelmstr. 135.
Felix Ziege.

Kein § 51 für Geldfälscher Dr. Salaban

Berlin, 21. Mai 1932

Der Geldfälscher Dr. Kornell Salaban, der auf Antrag seiner Verteidigung sechs Wochen zur Untersuchung seines Geisteszustandes in der Heilanstalt Wittenau interniert worden war, befindet sich seit einigen Tagen wieder im Moabiters Untersuchungsgefängnis. In dem Gutachten des Wittener Oberarztes Dr. Panse wird u. a. ausgeführt, daß Salaban ein gesteigertes Selbstbewußtsein bei innerer Haltlosigkeit habe und an pseudologia phantastica leide. Es könne aber weder von Schizophrenie, noch von Unzurechnungsfähigkeit gemäß § 51 die Rede sein.

Nunmehr wird noch Medizinalrat Dr. Störmer ein Gutachten erstatten, nach dessen Eingang die Voruntersuchung geschlossen und die Anklage erhoben werden soll.

Eisenbahnbrücke in Brand

Bischofswerda, 21. Mai 1932

Die Beamten des auf der Strecke nach Burkau verkehrenden Frühzuges bemerkten am Donnerstag auf der etwa 300 Meter vor der Station befindlichen Eisenbahnbrücke einen Brand, der den Lattenbelag und die Brückenschwellen ergriffen hatte. Als man das Feuer gelöscht hatte, fand man auf dem hölzernen Brückenbelag eine Zündschnur. Man hat weiter festgestellt, daß der Brand von einer Explosion herrührte, die mit Sprengstoff bewirkt worden war. Bisher hat man noch keine Spur von den Tätern. Die Sprengung und das Feuer hatten zum Glück nur geringe Wirkung, so daß der Eisenbahnverkehr in keiner Weise gestört worden ist. Vom Dresdener Reichseisenbahnbetriebsamt sind für die Aufklärung des Anschlages 200 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

Zehn Familien durch Großfeuer obdachlos

Neustrelitz, 21. Mai 1932

In der Nacht zum Freitag wurde die Stadt Woldegk von einem verheerenden Großfeuer heimgesucht, das in der Waschküche des Töpfers Witt ausgebrochen war. Es gelang der sofort zu Hilfe gerufenen Feuerwehr nicht mehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Das Feuer griff mit großer Geschwindigkeit um sich, so daß in kurzer Zeit zwei angrenzende Häuser mit ihren Stallungen in Flammen standen und das ganze Stadtviertel von dem wütenden Element bedroht wurde. Das Gebäude der Reichspost und das Grundstück der Getreidehandlung Buddenhagen konnten vor dem Niederbrennen bewahrt werden. Als das Wasser bei den Löscharbeiten gegen Morgen zur Neige ging, wurde vom Rat der Stadt der Verbrauch von Leitungswasser untersagt. Durch den Brand sind zehn Familien obdachlos geworden.

Die Kameraden gerettet

Valparaiso (Chile), 21. Mai 1932

Die im Tunnel von Las Raicas eingeschlossenen 45 Arbeiter sind nach einer Meldung aus Teucma dank der unermüdelichen Tätigkeit der Rettungsmannschaften lebend geborgen worden.

Neuer Ausbruch eines Anden-Vulkans

Buenos Aires, 21. Mai 1932

Der Anden-Vulkan Descabezo hat erneut zum Ausbruch gekommen. Die hohe Rauchsäule, die aus dem Krater aufsteigt, kann meilenweit gesehen werden. In Malargue ist Aschenregen niedergefallen, der den Boden mit einer dünnen Schicht bedeckt. Der Descabezo war das Zentrum der großen Vulkanerausbrüche, die vor kurzem Südamerika heimgesucht hatten.

Ozeanfliegerin gelandet

New York, 21. Mai 1932

Die Fliegerin Earhart, die am Freitag um 20.50 Uhr von Harbour-Grace startete, ist am Sonnabendmittag etwa 4 km von Londonderry (Irland) glatt gelandet. Sie ist die erste Frau, die allein im Flugzeug den Ozean überquerte.

Flucht aus Berlin

Berlin, 21. Mai 1932.

Nach einer vorläufigen Feststellung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin betrug für den Monat April d. Js. die Geburtenziffer 3119 und die Sterbeziffer 4456. Zuzuwanderer sind 24 700 und abgewandert 39 800 Menschen. Der Bevölkerungsverlust beträgt

somit für diesen Monat rund 7437 Menschen. Der Bevölkerungsstand war am 1. Mai d. Js. 4 262 500 Einwohner.

„Selbst im Namen des Teufels“

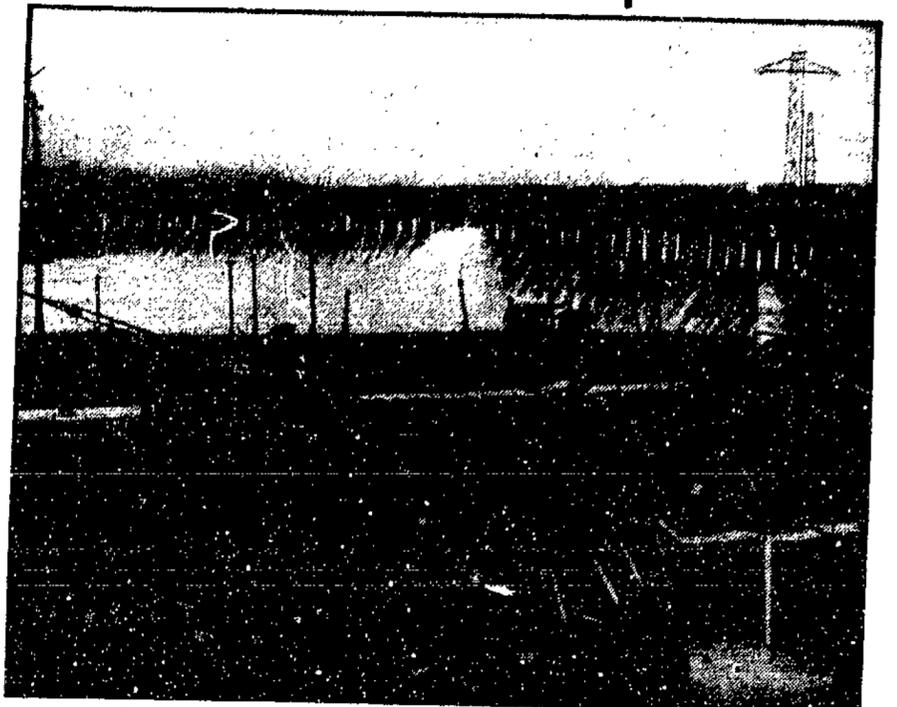
Berlin, 21. Mai 1932.

Es sind schon öfter Beispiele dafür erbracht worden, daß die evangelische Kirche sehr eng mit dem Nationalsozialismus verbunden ist. Einen neuen Beweis liefert ein Vortragsabend, den die evangelische Theologenschaft der Universität Göttingen kürzlich über das Thema „Christentum und Nationalsozialismus“ veranstaltete. Der Redner des Abends, Privatdozent Dr. Wendland (Heidelberg), bekannte sich zwar nicht vorbehaltlos zum Nationalsozialismus, sondern hält „eine klärende Begegnung zwischen Nationalsozialismus und Christentum“ für erforderlich. — In der Debatte leistete sich aber Pastor Mattiat (Kerstlingrode) folgendes schöne Bekenntnis:

„Wir sehen im Nationalsozialismus die deutsche Freiheitsbewegung, zu der wir uns bekennen würden, selbst wenn sie im Namen des Teufels geführt würde.“

Von diesem Bekenntnis rückte keiner der anwesenden Theologieprofessoren ab. Auch nicht der Leiter der Veranstaltung. Dafür erteilte der Hakenkreuzpfarrer den jubelnden Beifall der jungen Theologen.

Vom russischen Aufbau



Der riesige Staudamm des russischen Großkraftwerkes Dneprostroy das jetzt in Betrieb genommen wurde. Das Riesenwerk, das der Stolz des russischen Fünfjahresplanes ist, wurde unter Hinzuziehung deutscher Ingenieure erbaut. Mit seiner Kraft-erzeugung von 800 000 PS beliefert es die Industrie im Umkreis von 600 km. Weitere Bauten solcher gigantischen Kraftwerke sind geplant.

boten. Aber nicht verbieten ließ sich die Not. Nicht verbieten ließ sich der Hunger. Nicht verbieten ließ sich der Widerstandswille der Massen.

Doch auch die KPD lebte weiter. Die Genossen schlossen sich zu sogenannten Zehnergruppen zusammen und leisteten ihre politische Arbeit illegal. Zu einer solchen Zehnergruppe gehörte auch der in Dortmund lebende Genosse Heinz Heitbaum. Er hatte an allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen den denkbar regsten Anteil genommen. In der Illegalität steigerte er — wie jeder verantwortungsbewußte Genosse — seine Aktivität. Denn was sonst die Aufgabe der Partei war, mußte jetzt — soweit als möglich — eine Zehnergruppe leisten: auf Grund einer eingehenden Analyse wirtschaftliche und politische Lösungen herausarbeiten, sie in den Massen propagieren, die Aktionen organisieren — kurz: eine Zehnergruppe mußte in ihrem Bezirk die Rolle der Partei erfüllen, der Kopf und das Rückgrat aller Aktionen sein. Selbstverständlich mußten die Zehnergruppen, wollten sie den notwendigen Einfluß gewinnen und sichern, an allen Aktionen des Proletariats teilnehmen — auch an jenen Hungerrevolten und Lebensmittelplünderungen, die — spontane — Folgen der unerträglich gewordenen Not waren.

Auch in Dortmund brachen solche Unruhen aus, an denen Genosse Heinz Heitbaum mit seiner Zehnergruppe beteiligt war. Die Genossen beteiligten sich am 8. Dezember 1923 an der Plünderung eines Lebensmittelgeschäftes, bei der ein Brot und eine Wurst erobert wurden. Der Versuch der Plünderung einer Konditorei am 10. Dezember verlief resultatlos. Am 20. Dezember wurde Genosse Heitbaum wegen seiner Teilnahme an den Aktionen am 8. und 10. Dezember verhaftet. Seiner Verhaftung setzte er den heftigsten Widerstand entgegen und verletzte — als Mitglied einer proletarischen Wehrorganisation hatte er Schußwaffen — den Polizeispitzel Fiebelkorn durch einen Bauchschuß.

Vor Gericht deckte Genosse Heitbaum alle anderen beteiligten Genossen. Alle Schuld nahm er auf sich. Er verzichtete sogar auf die Ladung von Entlastungszeugen, da zu befürchten war, daß auch diese dann in einen Prozeß verwickelt und sehr hoch bestraft werden wären. Und da die Dortmunder politische Polizei überdies behauptete, daß Kampfbundgruppen an den Plünderungen nicht teilgenommen hätten — die Genossen konnten und wollten diese Behauptung natürlich weder im eigenen noch im Interesse der Partei widerlegen —, so wurde Genosse Heitbaum am 24. März 1924 wegen schweren Raubes, versuchten Totschlages, unerlaubten Waffenbesitzes, Widerstandes gegen die Staatsgewalt usw. — also als gemeiner Verbrecher zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Da seinen Taten der politische Charakter abgesprochen war, blieb er von allen seither erlassenen Amnestien ausgeschlossen.

Hier eine Aenderung herbeizuführen, versucht die Internationale Hilfsvereinigung. Sie reichte beim preußischen

Die Frau gehört ins Haus

Sozialdemokratie beseitigt die Gleichberechtigung der Frau

Vor mehr als vierzig Jahren stellte die Sozialdemokratie, getreu den Lehren von Marx und Bebel im Erfurter Programm die Forderung nach „Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen“. Damit war der alte Streit um die Stellung der Partei zur Frauenfrage, der auf manchen Parteitagungen und in vielen Diskussionen eine Rolle gespielt hatte, klar und eindeutig entschieden. Seitdem hat sich die Partei in unzähligen Beschlüssen — bis in die jüngste Zeit hinein — auf Parteitagen und internationalen Kongressen immer wieder erneut zu diesem Prinzip bekannt.

Nicht nur in papiernen Resolutionen wurde die Gleichberechtigung der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft gefordert, auch in der praktischen Gesetzgebungsarbeit hat die Sozialdemokratie diese Forderung mit Erfolg vertreten. So ist es einem Antrag der Mehrheitssozialdemokraten in der Nationalversammlung zu danken, daß der Passus „alle Ausnahmsbestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt“ (Art. 128, 2) der sich in dem ursprünglichen Entwurf nicht befand, in die Reichsverfassung aufgenommen wurde.

Grundsätze und Traditionen, jahrzehntelange Kämpfe, die der Partei das Vertrauen von Millionen arbeitender Frauen brachten, sind heute vergessen. Grundprinzipien des Sozialismus wurden auf diesem Gebiet — wie auf so viel anderen — dem Prinzip der Tolerierungspolitik, dem allmächtigen Zentrum geopfert. Das ist für die Frauen das Ergebnis der kurzen, unruhlichen Reichstagstagung der letzten Woche, in der mit den Stimmen der Sozialdemokratie ein verfassungssändernder Antrag angenommen wurde, der ein

Ausnahmegesetz gegen weibliche Beamte

schaft, der gerade diejenige Verfassungsbestimmung beseitigt, die die Sozialdemokratie vor 13 Jahren erkämpft hat.

Nach dem neuen Gesetz kann die „vorgesetzte Dienstbehörde“ die Entlassung verheirateter weiblicher Reichsbeamter verfügen, „wenn die wirtschaftliche Versorgung nach der Höhe des Familieneinkommens dauernd gesichert erscheint“. Ob diese Voraussetzung erfüllt ist, entscheidet eine Schiedsstelle, über deren Zusammensetzung in dem Gesetz nichts gesagt ist.

Ausschlaggebend für die Berufstätigkeit der Beamtin ist nicht mehr ihre sachliche Eignung, ist nicht mehr das elementare sozialistische Prinzip des Rechts auf Arbeit unabhängig von Geschlecht und Familienstand, sondern ausschlaggebend ist — die vorgesezte Dienstbehörde. Vergessen sind nicht nur jahrzehnte alte Grundsätze, vergessen ist auch das berechnete Argument, mit dem die sozialdemokratische Rednerin in der Nationalversammlung die von ihrer Fraktion geforderte, jetzt von der gleichen Fraktion beseitigte Bestimmung begründete, daß der Staat als Arbeitgeber nicht die Berechtigung hat, sich in den Personenstand seiner Arbeitnehmer einzumischen, so lange sie ihre Pflicht nicht vernachlässigen. Dieser Begründung fügte sich damals sogar eine so reaktionäre Partei wie die Deutsche Volkspartei.

Heute ist von all diesen grundsätzlichen Erwägungen nicht mehr die Rede. Mit keinem Wort wurden sie (nach dem Bericht des Reichsanzeigers, das amtliche Stenogramm liegt noch nicht vor) von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion erwähnt. Voll gläubigen Vertrauens wandte er sich an die Obrigkeit, in der Hoffnung, daß das Gesetz zu Entlassungen aus außerdienstlichen Gründen, insbesondere „aus politischen Gründen nicht mißbraucht werde möge“, und daß die im Ausschuß gegebene „Zusicherung“, daß verheiratete Beamtinnen, deren Ehemänner geringfügige Einkommen haben, nicht entlassen werden sollen. — Und das gegenüber einer erreaktionären Regierung, die in den nächsten Wochen vielleicht schon einer noch reaktionäreren weichen muß! Das nach all den Erfahrungen, die man mit den Naziregierungen in den Ländern bei ihrem Vorgehen gegen linksstehende Beamte gemacht hat!

Und wenn nichts anderes der Sozialdemokratie die Augen öffnen konnte, so hätte sie wenigstens bei den Reden der bürgerlichen Abgeordneten stützig werden müssen. Selbst Frau Bäumer von der Deutschen Staatspartei stellte die Frage, wie die vorgesezte Behörde dazu komme, nachzuforschen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamtin dauernd gesichert erscheinen. Ja, sie, die bürgerliche Frauenvertreterin stellte sogar fest, daß das Gesetz einer vollkommenen Willkür Tür und Tor öffne. Das Vertrauen der bürgerlichen Rednerin zu der Objektivität der bürgerlichen Regierung ist sehr viel geringer als das der Sozialdemokraten!

In den Reden der bürgerlichen Parteien kam deutlich zum Ausdruck, was mit dem Gesetz eigentlich bezweckt ist. Daß es sich um

keine Entlastung des Arbeitsmarktes handeln kann, wurde einhellig festgestellt. Die Rednerin des Zentrums, auf dessen Wunsch das Gesetz geschaffen wurde, ließ die Katze aus dem Sack mit der Erklärung, das Zentrum habe das Gesetz nicht beantragt, um dem Doppelverdienstentum entgegenzutreten, sondern wegen seiner ganzen Stellung zur Familie. Ebenso erklären die Rednerinnen der Christlich-Sozialen und der Deutschnationalen, daß sie dem Gesetz zustimmen,

weil die Frau ins Haus gehört.

Mit anderen Worten: es handelt sich hier nicht in erster Linie um die 1200 verheirateten Beamtinnen, die aus dem Beruf herausgeworfen werden können, es handelt sich vielmehr um einen Präzedenzfall, um die Durchbrechung des Rechts der Frau auf Erwerbsarbeit, um den

Sieg des reaktionären Prinzips, das die Frau wieder in Haus und Küche verbannen, ihr das Recht auf Arbeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit rauben will.

Es ist der erste Einbruch in diese Grundsätze, die zu den elementaren Grundauffassungen der Sozialdemokratie — gehören.

Wieder einmal hat das Prinzip des kleineren Übels über das Prinzip des Sozialismus gesiegt! Es hätte noch schlimmer kommen können, so argumentiert die Sozialdemokratie,

denn die ursprüngliche Zentrumsvorlage war noch schlechter als das Ergebnis der Ausschussberatungen, in denen Verbesserungen erreicht worden seien. Daß aber das noch schlechtere Gesetz ohne die sozialdemokratische Zustimmung niemals die notwendige verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit erreicht hätte — das wird verschwiegen. Ohne dieses Gesetz, so lautet ein anderes Argument, würden die Frauen überhaupt nicht mehr in das Beamtenverhältnis aufgenommen werden. So viel Vertrauen haben also die Sozialdemokraten heute noch zu ihrer Verfassung, die sie schützen zu müssen vorgeben! Sie rechnen von vornherein damit, daß sie umgangen wird, darum bauen sie sie lieber gleich selber ab! Wahrlich eine traurige Rolle, die die stärkste Arbeiterpartei sich selbst zudiktiert!

Und was sagen die Frauen dazu? Es muß auffallen, daß im Gegensatz zu sämtlichen anderen Parteien die Sozialdemokratie keine Frau zur Begründung ihrer Haltung vorschickte. Aber auch diese Schamhaftigkeit der weiblichen Parlamentarierinnen kann die Masse der arbeitenden Frauen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD mit dieser Haltung den Anspruch darauf verwirkt hat, noch weiter im Sinne August Bebels als die Partei zu gelten, die sich — unbeirrt von Rücksichten auf das Bürgertum — die Erhaltung und Aufrechterhaltung der Frauenrechte zum Ziel gesetzt hat.

Dora Fabian.

Wie trifft die Arbeitslosigkeit die Arbeiterinnen?

I. R. Die Entwicklung der Arbeitslosenziffern für das ganze Reich, nach Geschlechtern getrennt, zeigt deutlich, daß die Frauen relativ weniger betroffen werden als die Männer. Die Beschäftigtenzahl der weiblichen „Arbeitnehmer“ (Arbeiter, Angestellte und Beamte), die mit der im Jahre 1925 einsetzenden neuen Rationalisierungswelle und der damit in starkem Maße verbundenen Ersetzung von Facharbeitern durch ungelernete und für einige besondere Handgriffe schnell angelernte Kräfte erheblich anstieg, blieb bis Ende 1930 noch über dem Stand vom Januar 1925. Der Beschäftigungsgrad der Männer war dagegen schon im Oktober 1930 unter den Stand von Anfang 1925 gesunken. Auch in den 12 Monaten vom März 1931 bis März 1932 — neuere Statistiken der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung liegen hierzu noch nicht vor — blieb der Rückgang der Frauen-Beschäftigung geringer als der der Männer. Der Beschäftigungsgrad sank in dieser Zeit bei den Frauen um 12,7 und bei den Männern um 18,4 Prozent. Ende März 1932 standen 5,6 Millionen männliche Arbeitssuchende und rund 124 000 offene Stellen einander gegenüber und demgegenüber 1,5 Millionen arbeitssuchende Frauen, für die 95 000 offene Stellen vorhanden waren. Auf eine offene Stelle für Männer kamen also 45,16 Arbeitssuchende, auf eine offene Frauen-Stelle 14,74 Arbeitssuchende. Auch in solchen Industriezweigen, die vornehmlich oder doch in hohem Maße Frauen beschäftigen, sind, mit Aus-

Naziärzte und Proletariat

Der größte Teil der deutschen Aerzte ist heute auf die Krankenkassenpraxis angewiesen und findet seine Existenz in der Behandlung der Arbeiter und Angestellten. Auch die zahlreichen offen oder versteckt nationalsozialistischen Aerzte, die das Proletariat hassen und verachten. Im „Völkischen Beobachter“ und in gleichgerichteten Blättern findet sich folgendes Inserat:

Es wird bekanntgegeben:

„Jedes Parteimitgliedes selbstverständliche Pflicht ist es, im Erkrankungsfall die Aerzte in Anspruch zu nehmen, die sich offen zur Bewegung bekennen, keinesfalls aber der Bewegung gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehende oder gar fremdrassige Aerzte. Es liegt im eigenen Interesse aller Parteimitglieder, wenn sie sich im Erkrankungsfall in Behandlung ihnen von vornherein durch die politische Zusammengehörigkeit nahestehender Aerzte begeben.“

So propagieren die Nazis überall: Kauff nicht bei Juden, kauft nicht im Konsumverein, geht nicht zu jüdischen Aerzten! Da kann es für die Millionen freigewerkschaftlich organisierter und sozialistischer Krankenkassenmitglieder in jahrzehntelanger bewährter proletarischer Solidarität nur eine Parole geben:

Unterstützt nicht die Feinde des Proletariats, die nationalsozialistischen Aerzte!

nahme der Textilindustrie, mehr arbeitssuchende Männer als arbeitssuchende Frauen registriert. In der Bekleidungsindustrie standen z. B. Ende März rund 112 000 arbeitssuchende Frauen 126 000 arbeitssuchenden Männern gegenüber, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie rund 74 000 Frauen etwa 111 000 Männern. Bei den Büroangestellten waren 24 000 arbeitssuchende Frauen und 28 000 arbeitssuchende Männer registriert, und ähnliches bei anderen Gruppen.

Eine der Ursachen dieser relativ günstigeren Situation für die erwerbstätigen Frauen ist schon angedeutet: die fortschreitende Spezialisierung, Teilung und Mechanisierung der Arbeit, die selbst in früher ausgesprochenen Männer-Betrieben die Hereinnahme von Frauen möglich und vom Profitstandpunkt des Unternehmers in vielen Fällen wünschenswert macht. Damit ist auch schon die zweite Ursache des noch heute anhaltenden, im Verhältnis zur Männerarbeit wachsenden Anteils der Frauen gekennzeichnet: Die Frauen erhalten durchweg niedrigere Löhne als die Männer, auch wenn es sich um un- und angelernte Arbeitskräfte handelt, und sie leisten sehr oft auch sonstigen verstärkten Ausbeutungsmethoden der Unternehmer, wie stärkerer Anspannung der Kräfte, Durcharbeit in den Pausen, Hinnahme von Akkordverschlechterungen u. dergl. weniger Widerstand als die männlichen Arbeiter. Man kann immer wieder feststellen, daß Unternehmer, auch wenn sie nach außen und als Mitglieder und Vertreter bestimmter politischer Parteien gegen die Frauenarbeit (wie zur Zeit an erster Stelle die Nazis) wettern, diese in ihrem eigenen Unternehmen sehr gern sehen. Auch im faschistischen Italien ist die Frauenerwerbsarbeit aus diesen Gründen geblieben und — abgesehen von allgemeinen Krisenentlassungen — keineswegs zurückgegangen.

Es gibt aber auch noch einen weiteren Grund für die relativ geringere Arbeitslosigkeit unter den Frauen als unter den Männern. Das ist die Tatsache, daß die Krise in den Produktionsmittelindustrien stärker ist als in den Zweigen der Verbrauchsgüter-Produktion wie Textil-, Tabak-, Nahrungsmittelgewerbe u. a. In letzteren ist aber die Frauenarbeit weitaus stärker verbreitet als in den Produktionsmittelindustrien. Das Konjunkturforschungsinstitut stellte für Januar 1932 eine Ausnutzung der Produktionskapazität, gerechnet nach den vorhandenen Arbeitsplätzen, in den Produktionsmittelindustrien von nur 34,4 Prozent fest und in den Konsumtionsmittelindustrien von 51,2 Prozent, davon in der Textilindustrie sogar von 61,3 Prozent. An und für sich ist auch das natürlich ein ungeheuer niedriger Prozentsatz und zeigt kraß die ganze Widersinnigkeit des kapitalistischen Systems; man kann das natürlich nur im Verhältnis zu der Lage in den Produktionsmittelindustrien als einen relativ günstigen Stand bezeichnen.

Ein weiterer Blick auf die genannte Statistik des Konjunkturforschungsinstituts zeigt aber auch, daß die Arbeiterinnen in

Wirklichkeit doch kaum minder von der Krise betroffen sind als ihre männlichen Kollegen. Denn wenn man die Kapazitätsausnutzung der Betriebe nicht nach Arbeitsplätzen, sondern nach Arbeitsstunden berechnet, so ergab sich in den Verbrauchsgüterindustrien auch nur ein Ausnutzungsprozentsatz von 41,6. Das zeigt, daß da, wo nicht volle Arbeitslosigkeit eintrat, doch die Kurzarbeit und damit zugleich ein spürbarer Lohnausfall um so mehr verbreitet ist. Nach den im „Reichsarbeitsblatt“ lautend mitgeteilten Prozentsätzen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in den Verbänden der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen kamen Ende März 1932 auf je 100 männliche Gewerkschaftsmitglieder 46,6 Arbeitslose und 29,8 Kurzarbeiter, auf je 100 weibliche Gewerkschaftsmitglieder dagegen 33,3 Arbeitslose, aber 33 Kurzarbeiter. Die Zahlen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zusammen erreichen also bei den weiblichen fast dieselbe Höhe wie bei den männlichen Arbeitern.

Es wäre ganz irrig, wenn männliche Arbeiter sich durch die oben angeführten Unterschiede in der Arbeitslosigkeit der Männer und Frauen dazu verleiten lassen wollten, gegen eine vermeintlich bessere Lage der Arbeiterinnen und gegen die Frauenarbeit an sich zu Felde zu ziehen, anstatt gemeinsam mit ihnen den Kampf gegen die miserable und gegen die ungleiche Entlohnung beider Geschlechter und damit gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem überhaupt zu organisieren. Die hier angeführten Statistiken zeigen klar, daß die Krise, absolut gesehen, in allen Industriezweigen und für beide Geschlechter ungeheuerlich ist, und daß ihre Ursachen nicht innerhalb des Proletariats, sondern bei der herrschenden Klasse gesucht werden müssen. Beide, Proletarier wie Proletarierinnen, haben ein dringendes Interesse daran, daß Arbeit und mit der Arbeit zugleich die Bedingungen für ein menschenwürdiges Dasein für sie geschaffen werden, das heißt, in erster Linie ausreichender Lohn und die 40-Stundenwoche und für bestimmte Industrien noch weniger als Norm.

Es muß von den oppositionellen Gewerkschaftlern und Betriebsarbeitern viel mehr als bisher darauf geachtet werden, daß auch die Arbeiterinnen genügend erfaßt und in die sich bildende einheitliche Kampfesfront eingereicht werden. Dazu gehört u. a., daß man mit bestimmten, ganz unmittelbaren von der Lage der Arbeiterinnen ausgehenden Problemen an diese herantritt und von hier aus ihnen den Weg des Kampfes gegen ihre weitere Verelendung aufzeigt. Auch von dieser Stelle aus ergeht speziell an alle Genossen und Genossinnen der SAP und die mit ihr Sympathisierenden die Aufforderung, solches Material durch unsere Presse an die Öffentlichkeit zu bringen und in den einzelnen Orten, Gewerkschaften und Betrieben zur speziellen Mobilisierung der Arbeiterinnen auszuwerten.

Dr. Else Kienle: Frauen

Die Stuttgarter Aertzin, die wegen Vergehens gegen den Abtreibungsparagraphen vor Gericht gestellt wurde, gibt aus ihrer reichen Praxis eine große Anzahl erschütternder Fälle, die reichhaltiges Material gegen den Mordparagraphen bieten. Sie schildert diese Fälle nicht als „Fälle“, sondern in lebendigster Anteilnahme an jeder einzelnen dieser menschlichen Tragödien. So sehr die lebhafteste Schilderung, die den Befürworter dieses Gesetzes überzeugen muß, so sehr das Material, das dem Gegner des Gesetzes nützlich sein wird, zu begrüßen ist, so sehr vermischen wir doch in diesem Buch die Einstellung, die über das Frauenschicksal hinaus das Klassenschicksal sieht. Wohl sagt Dr. Kienle an einer Stelle ihres Buches, daß der Schandparagraphen bieten*). Sie schildert diese Fälle frau trifft, aber die wahllose Aneinanderreihung von Schicksalen solcher Frauen, die aus wirtschaftlichen Gründen zur Vernichtung des keimenden Lebens kommen, und solchen, bei denen ganz andere, höchst persönliche Gründe maßgebend sind, hinterlassen den Eindruck, als ob es sich hier um eine Frauenfrage, und nicht um eine Klassenfrage handle. Die Verfasserin betont wiederholt das Recht auf den eigenen Körper, das die Abschaffung des Gesetzes erfordere, eine individualistische Begründung, der wir uns nicht anzuschließen vermögen. Trotzdem: ein wichtiges und vor allem mutiges Buch, dem weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

D. F.

Kleines Feuilleton

Eine Photographie über 31 Kilometer

Von Dover aus wurde dieser Tage eine Photographie der französischen Küste bei Calais aufgenommen. Obgleich das Wetter durchaus nicht allzu sichtbar war, gelang es mit Hilfe einer Linse von besonders großer Brennweite, ein außerordentlich scharfes Bild der 31 Kilometer entfernten Küste zu erzielen, dessen Veröffentlichung in der englischen Presse großes Aufsehen erregt.

*) Aus dem Tagebuch einer Aertzin. Gustav Kiepenheuer-Verlag, Berlin.

Hindenburg - Sozialist Heilmann

Der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion der SPD, M. d. L. Ernst Heilmann, sprach in Nürnberg zu „Volksgenossen und Volksgenossinnen“ über „Die Folgen der letzten Wahlen“. Natürlich in einer musikumrahmten Kundgebung. Die SPD-Ortsgruppe, die angeblich über 20.000 Mitglieder zählt, konnte den rund 2000 Personen fassenden Saal so gerade eben füllen. Absperriemaßnahmen waren überflüssig. Ein Zeichen für den „Kampfgeist“ in der SPD oder für die besondere „Ehrung“ des „großen Preußenführers“ durch die Nürnberger Arbeiterklasse? Als vor einigen Monaten „Lehr“ Seydewitz im gleichen Saal sprach, mußte die Polizei vor Beginn der Versammlung absperren.

Der sachliche Inhalt der Rede Heilmanns war dürftig. Wer vorher glaubte, nach Heilmanns Rede die Folgen der letzten Wahlen besser beurteilen zu können, mußte enttäuscht sein. Heilmann sieht eben die Dinge nur als Parlamentarier. Als solcher kann er in SPD-Kundgebungen über den Faschismus und seine Führer lachen und immer wieder lachen, sein eigenes Heldentum als „Kriegsfreiwilliger“ glänzen lassen und sogar noch erklären, daß „wir mit den Ergebnissen der letzten Wahlkämpfe zufrieden sein können“. Er kann sogar in diesen Stunden, die die Niederlage der Arbeiterklasse Deutschlands auf der ganzen Linie einwandfrei erkennen lassen, erklären, daß nach dem Ergebnis der letzten Wahlen der Tiefpunkt der Entwicklung überwunden ist und daß es wieder aufwärts und vorwärts geht. Daraus ergeben sich seine Anschauungen über die Folgen der letzten Wahlen: In Preußen hat das Zentrum seine Schlüsselstellung für jede mögliche Regierungsbildung behalten, in Bayern die Bayerische Volkspartei. Ja, und auf das Zentrum dürften wir alle Hoffnungen setzen, denn es habe nach der Wahl erklärt, daß es vor ganz Preußen die Verantwortung für strenge Verfassungsmäßigkeit trage, und die Zentrumsführer wissen so gut wie wir, daß die Nazis nicht verfassungsmäßig regieren werden und daß eine Übergabe der staatlichen Macht, Polizei und Reichswehr gleichbedeutend der Vorbereitung zum faschistischen Staatsstreich wäre. Das Zentrum könne diese Forderungen der Nazis nicht erfüllen, also werde es auch nicht zu dieser Regierungskoalition kommen. Unsere Genossen in der Preußenregierung haben auszuhalten, bis sie ordnungsgemäß abgelöst werden. Der Preußenführer der letzten 12 Jahre, Otto Braun, könne nicht plötzlich erklären: ich schneide den ganzen Krampf hin.

Das sind Heilmann-Hoffnungen und -Auffassungen. Ueber das Zusammengehen der Staatspartei mit den Nationalsozialisten in Württemberg leistete er sich nur einen Witz und vergaß natürlich, darauf hinzuweisen, daß die Staatspartei gestern noch „Kämpfer“ in der „Eisernen Front“ gegen den Faschismus waren.

Interessanter als diese nicht erst von Heilmann geoffenbarten Folgen der letzten Wahlen war das Beiwerk zu seiner Rede, das u. a. ganz besondere Schmuckstücke seines „Sozialismus“ enthielt.

Heilmann wagte es, in der Versammlung die Behauptung aufzustellen: Hat die SPD dieses Wachstum der Nationalsozialisten nicht vorhergesehen? „Hat sie nicht deshalb nach dem 14. September 1930 in der Partei die Parole ausgegeben: Alles andere tritt jetzt zurück, Kampf dem Faschismus!“ — Ja, das jahrelange Zusammenwirken mit dem Zentrum hat Heilmann mehr denn je befähigt, Fehler und Täuschungen abzustricken, das Gegenteil zu behaupten und sogar noch zu versuchen, den Schein eines Beweises für diese Behauptungen zu liefern.

Heilmann konnte an der Tolerierungspolitik nicht vorbeigehen. Er sagte: „Wir alle glauben nicht daran, daß die Nazis überhaupt verfassungsmäßig regieren werden. Deshalb haben wir seit 1930 alles mögliche toleriert, alles mögliche verantwortet, nur zu dem einen Zweck, die Nazis von der Staatsmacht fernzuhalten.“

Das ist unsere Politik, die Arbeiterschaft hat diese Politik gebilligt.

Prolet! Hier hast du das Eingeständnis der Mitverantwortlichkeit für all das Schwere und Unerträgliche in der Vergangenheit und Gegenwart, das durch die tolerierten Regierungen über dich verhängt wurde und zugleich von maßgebender Seite die Richtschnur für die Taktik der SPD in der Zukunft.

Heilmann sagte: „Unsere Parole ist: jede Regierung, in der Nazis sitzen oder die von den Nazis beeinflusst wird, ist der Todfeind der organisierten Arbeiterklasse und wird von uns mit aller Leidenschaft bekämpft.“ Er behauptet also, daß die bisherigen Regierungen von den Nazis nicht beeinflusst wurden (wie kurzzeitig und naiv!) und versichert für die Zukunft einen leidenschaftlichen Kampf gegen die regierenden Nazis, der — das ist ja gerade noch bekannt geworden — praktisch selbst im Parlament schon so aussieht: Die SPD enthält sich der Stimme bei der Wahl des nationalsozialistischen Präsidenten im neuen anhaltischen Landtag, um den Posten des ersten Vizepräsidenten zu erhalten. O, diese Leidenschaft!

Heilmann macht in Nationalismus: Unter normalen Menschen ist das gar keine Frage, ob man Deutschland liebt oder nicht. Als Sozialist kann er auch noch eine Begründung dafür in der „Parallel“-Frage geben:

„Liebst du deine Mutter oder nicht?“

Der Marxist Heilmann, der sich seiner Kriegsfreiwilligeneigenschaft in einer proletarischen

Versammlung noch rühmen kann, darf erklären, was man unter einem „guten Deutschen“ versteht, er darf aussprechen:

„Aber in der Stunde der Not lassen wir unser Vaterland nicht im Stich. Wir haben im Kriege unsere Schuldigkeit getan.“

Gerade Heilmann hält sich auch für berufen, in der Frage, ob der Stahlhelm gemeinsam mit Holtermann die deutschen Grenzen schützen könne, die Belehrung zu erteilen: „War so spricht, hat keine Fühnung, was Nationalist, hat keine Ahnung, was deutsch sein heißt.“

Solche Stücke enthält Heilmanns raffiniert aufgebaute und nur auf das Gefühl spekulierende Rede. Er verwundert nicht, daß er die 1 1/2 Milliarden Subventionen des Reiches an die Bankrottdeure der kapitalistischen Wirtschaft gutheißt und daß er in dieser Frage gegen den Arbeitslosen steht, der nicht begreifen kann, daß man ihm zur gleichen Zeit die geringe Arbeitslosenunterstützung immer wieder kürzt.

Frankfurt a. M.

Die Sozialistische Arbeiterhilfe erteilt in allen Unterstützungsangelegenheiten kostenlos Auskunft. Sprechstunde Montags und Donnerstags von 17—19 Uhr im Büro der Sozialistischen Arbeiterpartei, Zeil 49.

Duisburg

Strolchende Nazijünglinge machen in letzter Zeit die Hochfelder Rheinbrücke unsicher. So wurden an einem der letzten Abende zwei Radfahrer von ihnen aufgefordert, mit dem Faschistengruß zu grüßen. Als sich diese weigerten, entwendeten sie die Räder und warfen sie in den Rhein. Darauf gaben diese „Helden“ Forsengeld. Einer Mutter nahm man das Kind aus dem Wagen und zwang sie ebenfalls zum Faschistengruß. Der Arbeiterschaft von Duisburg und Rheinhausen seien diese Vorgänge Signal zur Sammlung. Scheint doch die Polizei zu versagen!

Duisburg-Hamborn

Proletarische Einheitsfront in Hünxe. In der Pfingstwoche hatten eine Reihe proletarischer Organisationen ihre Zeltlager in der Hünxener Heide aufgestellt. Versammelt waren SJV und Arbeiterpartei aus Duisburg-Hamborn, der Kommunistische Jugendverband und die Roten Sportler aus Osterfeld, Gladbeck, Gelsenkirchen, Bottrop und Essen, sowie die Spielschar Rote Rufer (Iw) aus Duisburg und Mühlheim. Am ersten Pfingsttag machten die Roten Sportler einen Umzug. Darauf tauchte bei einigen Genossen der Gedanke auf, eine Einheitsfront-Kundgebung gegen den Faschismus mit allen anwesenden proletarischen Organisationen zu veranstalten. Nach langen und schwierigen Verhandlungen mit den einzelnen Organisationen gelang es tatsächlich, die Kundgebung zustandezubringen. Innerhalb kurzer Zeit marschierte ein Demonstrationzug von 300 bis 350 Genossen mit roten Fahnen und unter Fanfarenklängen durch die Neester der Hünxener Heide. Sprechchöre warben für die Kundgebung. Später versammelten sich die Teilnehmer mit den Bewohnern der Heide sowie vielen Ausflüglern zur Kundgebung im Tal. Sprech- und Bewegungschöre der Roten Rufer leiteten die Feier ein. Gut kam in diesen Chören der Gedanke der Einheitsfront zum Ausdruck. Dann sprach in sachlicher Weise Genosse Minst von den Roten Sportlern, Essen. In kurzen knappen Worten rief er zur Einheitsfront des Proletariats auf. Den besten Beweis dafür, daß diese möglich ist, habe ja diese Kundgebung erbracht. Sei es doch gelungen, SJV, SPD, KJV und Iw zu dieser Kundgebung zu vereinigen. Zum Abschluß wurde von allen mit Begeisterung die Internationale gesungen. Mit einem herzlichen „Kampfbereit!“ von der einen und einem begeisterten „Rot Front“ von der andern Seite trennte man sich. Die Hünxener Heide ist für das Proletariat der Rhein- und Ruhr-Ecke geschichtlicher Boden. Würden doch hier 1920 die schweren Kämpfe zwischen Reichsrot und Ruhrproletariat, vor und nach Unterzeichnung des Bielefelder Abkommens, ausgetragen. Manches Massengrab zeugt heute noch von dem Heldentum der Proleten und der Brutalität des Siegers. Diese spontane Einheitsfront-Kundgebung zeigt, daß der Einheitsfrontgedanke kein leerer Wahn ist, sondern daß er, wenn auch erst durch die Keulenschläge des Faschismus, zu verwirklichen ist.

Braunschweig

Der Bezirk Braunschweig der SAP veranstaltet am 28. und 29. Mai im Käthe-Kollwitz-Haus bei Rieseberg einen Wochenendkursus über Gewerkschaftsprobleme. Als Referent wird Genosse Jacob Walcher erscheinen. Wir bitten alle Parteimitglieder, vor allem alle Gewerkschaftler, an dem Kursus teilzunehmen. Anmeldungen bis 25. Mai an Genossen Helmrich, Braunschweig-Lehndorf, oder an Genossen Blank, Braunschweig, Kleine Burg 2.

Der Sozialistische Jugendverband nahm an den beiden Pfingstfeiertagen an dem großen Zeltlager, das der SJV Hannover in der Nähe von Celle in der Heide organisiert hatte, teil. Einige Genossen beteiligten sich auch an dem anschließenden Schulungskurs für Erwerbslose.

Von einer klaren, grundsätzlichen Kennzeichnung der internationalen Erscheinung „Faschismus“, seines Wesens und seiner Bedeutung für die Arbeiterschaft keine Spur. Die Erfolge der Nationalsozialisten führt er nur auf ihre amerikanische Reklame zurück. Als Abwehrmittel empfiehlt er, von der Erkenntnis ausgehend, daß in der Vergangenheit zu wenig Gewicht auf Agitation gelegt wurde, Verdreifachung der Propaganda:

„Laßt Hitler trommeln, wir werden die Pauke schlagen.“

So sehen die Kundgebungen der SPD aus: Ernsthaft? Nein. Die Lage erkennend? Nein. Kein Hinweis auf die Notwendigkeit der Einigung der Arbeiterklasse und gemeinsamer Aktionen, nein, trotz der Niederlage der Arbeiterschaft und der wachsenden Gefahren für das gesamte Proletariat: beschönigen, Tatsachen verschleiern, verharmlosen, entstellen.

Eine Heilmann-Versammlung — für einen Sozialisten ein grauenhaftes Erlebnis.

Halle a. S.

Um ein Mandat. Die SPD-Organisation in Halle ist aus ihrer Friedhofruhe aufgeschauert worden. Durch den Tod des Genossen Reiwand stand die Partei vor der Aufgabe, einen neuen Stadtrat zu bestimmen. Das war nicht einfach. Immer dann, wenn es gilt, Posten zu verteidigen, beginnt der Krieg zwischen den Cliquen. Nach der vorausgegangenen Mitgliederversammlung, über die wir ja bereits berichteten, fand jetzt eine Funktionärstzung mit gleichzeitiger Fortsetzung der Cliquenkämpfe statt. Wer es noch nicht gemerkt hatte, dem wurde es hier klar, daß die Erweiterung des Vorstandes nur zu dem Zweck erfolgte, den Einfluß der Rechten zu sichern. Peters sprach es unverhohlen aus, daß Welgelt, den man in der letzten Mitgliederversammlung ebenfalls nur hinzugewählt hatte, in Zukunft als 2. Vorsitzender, aber mit den gleichen Rechten wie Schaumburg, fungieren soll. Schaumburg hat sich zwar etwas aufgeregt, aber am Schluß haben sich die Funktionäre mit der Regelung einverstanden erklärt. Als Nachfolger für Reiwand hatte der Bezirksvorstand den Gewerkschaftsangehörigen Sorgenfrei ausserkoren. Auch hier ging die Spekulation von Konrad Schaumburg fehl. Konrad hatte zwei Eisen im Feuer. „Werde ich nicht zum Stadtrat bestimmt, dann werde ich Stadtverordneter“. Er kam bei seinen Wählern sogar in Gegensatz zu seinem Busenfreund Hermann Kopf. Hermann Kopf steht als Nächster auf der Kandidatenliste, er müßte also nachrücken. Aber dieser Genosse hat den „Vorzug“ des kleinen Parteiarbeiters. Er hält in seinem Distrikt die Partei intakt. Man hat ihm denn plausibel gemacht, daß er ein derartig hohes Amt nicht bekleiden kann. Sein Freund Schaumburg hat ihn davon selbst überzeugt, und er glaubte es dann schließlich selbst. K. Schaumburg war der Ansicht, daß der Weg für ihn nun frei sei. Aber siehe da, die Rechten hatten in der Zwischenzeit auch gewählt. In der Stadtverordnetenfraktion ließen sie einen Beschluß herbeiführen, daß man Schaumburg als Mitglied der Fraktion nicht wünsche. Für ihn machte Hans Blumenschein das Rennen. Für die SPD-Genossen sollten diese Vorgänge in der Partei ein Beweis dafür sein, daß jede innerparteiliche Demokratie in der SPD ausgeschaltet ist. Anstatt die Mitgliederversammlung über diese Fragen entscheiden zu lassen, beschließen die Herren Stadtverordneten unter sich, wen sie wünschen und wen sie nicht wünschen.

Zwickau

Götzendämmerung. Sitzen da irgendwo Zwickauer sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsgötter zusammen und beraten über die kommenden Stadtverordnetenwahlen. An die jetzigen Stadtverordneten wird p. a. die Frage gerichtet, wer von ihnen wieder eine Kandidatur annehme. Fast die Hälfte der 15 Mann starken SPD-Fraktion erklärt, auf eine erneute Kandidatur zu verzichten. Begründung bei den meisten: die SPD würde ja doch 7—8 Mandate verlieren. Darob gramvolles Kopfnicken des Parteisekretärs Koch (der selbstverständlich auf die Kandidatur nicht verzichtet) und der resignierte Stoßseufzer: „Wir wollen froh sein, wenn wir fünf Mandate behalten.“ Richtig, Herr Koch, die Zwickauer Arbeiterschaft wird Sorge tragen, daß Ihre Propheterei Wirklichkeit werde.

Seltene Klassenkämpfer. Die KPD gibt sich große Mühe, den Gedanken der proletarischen Kampfeinheit zu diskreditieren. In vorzüglicher Weise besorgten dies in der letzten öffentlichen Versammlung der KPD der Versammlungsleiter, Stadtverordneter Zschecher und der Referent Meidauer. Der unproletarische und fleghafte Ton des Versammlungsleiters fand seinen besten Ausdruck darin, als er die Wortmeldung unseres Genossen Hoffmann bekanntgab mit den Worten: „Es hat sich da ein gewisser Hoffmann von der SAP gemeldet — der Hoffmann hat das Wort.“ Die später folgende Erklärung, daß nur Mitglieder der KPD mit Genosse angesprochen würden, fand eisige Ablehnung fast aller Versammlungsteilnehmer. Der Referent ließ eine alte, nur kurz nach den Preußenwahlen stillgelegte Walze los: „Einheitsfront — aber nur unter Führung der KPD.“ Selten ist ein so niedrig stehendes Referat in einer Arbeiterversammlung gehal-

ten worden. Nicht nur zu hören vom Kampf gegen Lohn- und Unterzahlungsabbau, vom Kampf gegen Faschismus und Reaktion. Wer übertrieben nicht, wenn wir sagen: Zwei ganze Sätze waren gerichtet gegen die Nazis, die Hälfte des Referates aber nur ein einziger Angriff gegen die SAP. „Wie lange noch Unterzahlungsabbau“ ließ das Thema. Die KPD gab darauf in ihrer Versammlung keine Antwort. Wir wissen die Antwort: Bis zur Schaffung der wirklichen proletarischen Einheitsfront!

Sozialistische Arbeiterkinder besichtigen den Konsum. Am 18. Mai veranstaltete der Unterbezirk Zwickau der Sozialistischen Arbeiterkinder eine Konsumbesichtigung. Bis um 13 Uhr hatten sich 140 Kinder und Helfer auf dem Volkshausplatz eingefunden. Geschlossen marschierten sie nach dem Gebäude des Konsumvereins für Zwickau und Umgebung. Da die Zahl der Kinder so groß war, wurden zwei Gruppen gebildet, die unter fachmännischer Führung zweier Angestellter die Bäckerei, die Fleischerei, das Warenlager, sowie die Tischlerei und Schlosserei besichtigten. In allen Abteilungen herrscht die größte Sauberkeit. In der Bäckerei, die am größten ist, stehen große Maschinen, die die nötigen Arbeiten zu leisten haben. Der Teig kommt fast nicht in menschliche Hand. Für die Konditoreiwaren steht ein Gaubekofen, für die anderen Backwaren stehen mehrere Dampfbekofen zur Verfügung. In der Fleischerei befinden sich große Kühl- und Räucher-kammern, wo die gute Konsumwurst aufbewahrt wird. Im Warenlager stehen alle die GEG-Erzeugnisse, die auf ihren Versand nach den Verteilungsstellen warten. In der Kaffeerösterei werden die Kaffeebohnen gebrannt und verpackt. Die Schlosserei und Tischlerei sind für die Instandhaltung der Autos und der Verteilungsstellen-Einrichtungen nötig. Nach der Besichtigung richtete der Führer die Aufforderung an die Kinder, daß sie alle Waren für die Eltern nur im Konsum kaufen sollen. Genosse W. Hlachermann dankte im Namen des Unterbezirks für die Zulassung und die Führung. Als Überraschung erhielten alle Kinder eine Tüte mit den guten Konsumbackwaren.

Unsere rührige Jugendgruppe ruft auf zu einer öffentlichen Jungarbeiterversammlung im „Becher“ am Donnerstag, 26. Mai. Die Genossen Weber, Plauen, und Hostermann, Planitz, sprechen über „Arbeitsdienstpflicht und freiwilliger Arbeitsdienst“. Genossinnen und Genossen, werbt für guten Besuch. KJV und SAJ sind zum Erscheinen aufgefordert.

Crimmitschau

Eine Anfrage an die Stadtverwaltung. Seit längerer Zeit bewegt sich die Lohnabbauwelle zwischen 30—40 Prozent, aber die Mieten der städtischen Wohnungen sind nur einmal gesenkt worden, und zwar um 10 Prozent. Es wäre sehr angebracht, einmal nachzuforschen, warum von den Linksfractionen zu dieser Frage nicht in stärkerem Maße Mietermäßigung gefordert wird. Es wäre zu wünschen, daß in nächster Zeit einmal eine öffentliche Mietersversammlung stattfinden würde, in der die Mietfrage einmal in anderer Form behandelt wird und nicht so, wie es in der letzten der SP gewesen ist. Dort wurde von Dr. Buchwald und den beiden Stadtverordneten Naumann und Kluge mit Zahlen herumgeworfen und von Verzinsung gesprochen, an der die Mieter kein Interesse haben. Sollte in dieser Frage nicht bald etwas unternommen werden, so ist anzunehmen, daß der SP-Stadtfraktion nichts daran liegt, für eine Linderung der Not einzutreten. Oder geht die Einführung der Pflichtarbeiten vor?

Mit Beginn der Badesaison hoffte man, daß in diesem Jahr der Rat der Stadt die Badespreise herabsetzen würden. Man erhöhte sie speziell für die Kinder, der Preis betrug im Vorjahr 6 Pf. und in diesem Jahr 10 Pf., das sind nur 100 Prozent. Herr Wirtschaftsdirektor Gsell wäre doch in erster Linie verpflichtet, für seine Genossen auch den Besuch des schönen Bades von Crimmitschau zu ermöglichen. (Siehe Bad Neukirchen.)

Organisationsnachrichten

SAP und SJV Chemnitz: Ueber deutsche Arbeiterklasse, Faschismus und Sowjetrußland spricht Sonnabend, 28. und Sonntag, 29. Mai, in der „Arbeiterbörse“, Heinrichstraße 7, Genosse Dr. Fritz Sternberg, Berlin, in einem Schulungskursus. Teilnehmen können die Mitglieder aller Arbeiterorganisationen. Unkostenbeitrag 50 Pf., für Erwerbslose 20 Pf. Beginn Sonnabend 19 Uhr, Sonntag 9 Uhr.

SAP Zwickaus: Bezirk Seydewitz: Mitglieder-versammlung Sonntag, 22. Mai, 20 Uhr, im „Anker“. Es spricht Gen. Fischer, Wilkau. — Bezirk Mitte: Montag, 23. Mai, 20 Uhr, im Gasthaus „Bergmannsruh“, Pöhlauer Straße. Gen. Max Leitner spricht über „Die politische Lage und die Aufgaben der SAP“. Laut Beschluß der letzten Vorstandssitzung der Gesamtgruppe ist diese Veranstaltung auch von den Mitgliedern der anderen Bezirke zu besuchen.

SAP Schönheider: Dienstag, 24. Mai, 20 Uhr, im Arbeiterheim Mitgliederversammlung. Genosse Hans Weber, Plauen, spricht über: Unser Aktionsprogramm.

Du bist der, auf den es ankommt!

Verlange noch heute Bestellscheine u. Probenummern deiner Zeitung, der

SAZ

Parole: Jeder gewinnt einen neuen Abonnenten!

Wieder Hochbetrieb

bei den Berliner Arbeiter-Fußballern

Am heutigen Sonntag herrscht nach der Pfingstpause wieder voller Serlenbetrieb. Das größte Interesse beansprucht das Spiel Eintracht-Rd. gegen Nord in der Scharnweberstraße. Die Nordleute haben zwar im letzten Serienspiel gegen Weißensee eine sehr schlechte Partie gezeigt, haben sich aber vorgenommen, den Kreismeister in Schwierigkeiten zu bringen. Eintracht muß das Spiel gewinnen, wenn es im Wettbewerb mit Adler 08 bleiben will.

Der 3. Bezirk hat sein Torkinderby in Spandau, Siedlerstraße, Eintracht-Spandau und Spandau 25 werden alle Spandauer Sportfreunde auf die Beine bringen. Wir geben nachfolgende Übersicht:

2. Bezirk, 1. Mannschaft: Zehdenick-Hansa; Eintracht-Nord; Adler-Blankenburg; Saxonia Pankow; Vorwärts Weißensee. — **2. Mannschaft:** Saxonia gegen Pankow; Vorwärts Weißensee; Adler-Buch. — **3. Mannschaft:** Saxonia Pankow; Wandorf I-Adler; Weißensee-Bornicke I.

1. Bezirk, Gruppe A, 1. Mannschaft: BSV 31 gegen Oberspre (Rd., Lk. II, Brite 09; Eiche (Normanna); Frühe Stunde (Friedrichsdorf (Pomplun)). — **2. Mannschaft:** BSV II - Oberspre (Normanna); Britz 08 gegen Eiche (Wacker 30); Frühe Stunde (Alt-Stahnsdorf (Pomplun)). — **Gruppe B, 1. Mannschaft:** Lichtenberg II Werke (Risse). — **2. Mannschaft:** Lichtenberg II Werke (Risse).

Pflichtspiele in Petershagen: Herzfelde II - Mahlsdorf I (Kagel) (9.00); Herzfelde I - Kagel I (Mahlsdorf) (10.30).

3. Bezirk, 1. Klasse, Abt. Berlin: Nowawes-Butah (Pastor, Spandau); Potsdam-Staaken (Werder); Eintracht gegen Spandau 25 (Vallin, Süd). — **Abt. Havell:** Freiheit gegen Brandenburg (Rehbar, Potsdam); Polde-Rochmiser (Süd; Ketrin-Süd (Null, Nowawes). — **Abt. Elbe:** Wittenberge-Kyriz (Mirbach, Havelberg); Havelberg gegen Perleberg (Grams, Wittenberg). — **2. Klasse:** Abt. A Berlin: Nowawes-Butah (Partier, Potsdam); Potsdam-Staaken (Lücke, Charlottenbg.); Eintracht gegen Spandau 25 (Huttl). — **Abt. B Berlin:** Charlottenberg gegen Cladow (Eintracht).

Pflichtspiele: Caputh-Potsdam III (auslosen); Dallgow-Butah III (auslosen). — **Abt. Havell:** Freiheit geg. Brandenburg III (Süd; Ketrin-Süd (auslosen). — **Pflichtspiele:** Trechwitz-Altenhendorf II (Kirchmiser). — **Abt. Elbe:** Wittenberge-Kyriz (Havelberg); Havelberg gegen Perleberg (Wittenberg).

4. Bezirk, Abt. A, 1. Mannschaft: Schöneberg gegen Hertha (Müller, Friedenau); Trebbin-Wilmersd.

(Schick, Teltow). — **Abt. B, ZFA-Luckw. II (Fahrb., Wilmersd. II, Wilmersd., Luckw. V, Schuler, Trebbin).** — **Abt. A, 2. Mannschaft:** Schöneberg Hertha (Tempelhof); Trebbin-Wilmersd., Schuler, L.T. III. — **Abt. B, Berlin XII I, Kolln, Heide (Minerva 20) (12.00); Wilmersd., Luckw. V (Ludwig, L.T. II). — 3. Mannschaft:** Teltow-Kladow (ZFA) (15.00); Friedenau gegen Sparg. (Lalkmeier, Schöneberg) (13.00).

Gruppenspiele in Jüterbog: Jüterbog I, Luckw. I, Jüterbog II (9.00); Luckw. II 2, Nienitz I (1.12.00) (9.00); Jüterbog I, Luckw. II 1, Nienitz, L.T. II (15.30).

Jugend, Abt. A, Lichtg. I, 1. Stocken (Lichtg. II) (11.00); Eintracht I, Minerva (Lichtg. II) (11.00); Teltow gegen Nowawes (Schlg.) (11.00). — Abt. B, Drewitz, Wilmersd. (Nowawes) (11.00); Adler-Eintracht 2 (Nord 12) (12.00); Lichtenberg I 2, Normanna (Lichtg. II) (10.00); Schlg. — Minna (Hansens), Teltow (14.00). — **Gesellschaftsspiele: Ketzin Brandenburg (auslosen) (11.00). — **Schüler:** Spandau Pankow (Eiche-Sp.) (11.00); Adler I, Minerva (Nord 12) (11.00); Adler 2, Normanna (Pankow) (10.00); Lichtenberg II Werke (Lichtg. II) (11.00); Cladow-Saxonia (Spandau 25) (11.00); Schlg. Hans (Ruhens), Friedenau (14.00). **Spielfreie:** Zossen, Nowawes, Caputh, Zehdenick.**

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“, Gaubund West

Die am Pfingsten zu Rüsselsheim ausgetragenen Meisterschaftskämpfe des Gaubundes West hatten eine außerordentlich gute Beteiligung aufzuweisen. Die vier beteiligten Vereine, Gau 12-Westfalen, Gau 13-Rheinland, Gau 14-Hessen und Hessen-Nassau, Gau 22-Nordbaden, Pflz und Saargebiet, entsandten ihre besten Kräfte. Der Kommerz am Samstag mußte wegen der starken Beteiligung an den Wettkämpfen sehr zusammengedrängt werden. Aber trotzdem konnten die örtlichen Vereine ihr Können zeigen. Schon am selben Abend mußte mit den Wettkämpfen begonnen werden, um aber Pfingsten fertig zu werden. Da die Sieger des Tages sich im Juli in Halle auf dem Bundeswettkampf gegenüber stehen werden, seien sie anschließend aufgeführt: Gaubundmeister: Sechser-Schmuckreigen; Altripp; Zweier-Kunstfahrer: Frankfurt-Bornheim; Sechser-Kunstreigen (Kl. A): Veralteter Vierer-Schulreigen; Lintfort; Sechser-Schulreigen (Fahrerreihen); Frankfurt-Westend; Vierer-Kunstreigen (Kl. B); Offenbach; Einer-Kunstfahrer; Frankfurt-Bornheim; Sechser-Kunstreigen (Kl. B); Philippburg; Vierer-Steuerröhreigen; Kothelm; Vierer-Einradreigen; Stenbach I, T.; Achter-Einradreigen; Frankl, Altstadt; Sechser-Steuerröhreigen; Ludwigshafen; Sechser-Schulreigen (Jugend); Oggersheim; Vierer-Schulreigen (Fahrerreihen); Offenbach-Büchel; Achter-Schulreigen (Fahrerreihen); Saßhofen; Vierer-Kunstreigen (Kl. B, Fahrerreihen); Frankl, Bornheim; Achter-Schmuckreigen; Ludwigshafen; Zwölfer-Farbenreigen; Mainz; Sechser-Ein-

radreigen; Kothelm; Achter-Steuerröhreigen; Frankl-Altstadt; Gruppen-Kunstfahrer; Brötzingen; Achter-Kunstreigen (Kl. B); Meerbeck; Achter-Kunstreigen (Kl. A); Frankl-Altstadt; Zweier-Radpolo (Fahrerreihen); Altripp; Zweier-Radpolo (Fahrerreihen); Oberhochstadt; Dreier-Radpolo; Griesheim (Mann); Dreier-Radpolo (Fahrerreihen); Altripp; Sechser-Radball; Ockersheim; 50 km-Mannschaftsfahren; Mutterstadt; 25 km-Mannschaftsfahren; Datteln-Mecklenhofen; 100 m Langsahlfahren; Ortshochstadt I, O.; 5 km-Lempolahren (Motor); Wedd-Weberstadt; 10 km-Fernfahrräder; Georg Michel Frankl; 21 km-Lempo; Holzer-Monheim; 6 mal 100 m Staffette; Mainzheim.

Organisationsnachrichten

Horst Jakob
Im Zeltlager des SJV Berlin in Hangelberg bei Mönchswinkel erregte sich zu Pfingsten ein Unglücksfall. Unser klein roter Pioneer Horst Jakob, im Alter von 8 Jahren, spielte mit einer gleichaltrigen Genossin Ball auf der Wiese. Durch unglückliche Umstände befanden sich die beiden ganz dicht am Wasser. Trotzdem unsere Rettungsschwimmer und alle, die am Ufer standen, sofort eine Rettungsaktion durchführten, war es nicht mehr möglich, Horst zu bergen. Nach vielen Tagen ist er nun 10 Kilometer weit entfernt in der Spree gefunden worden.

Mittwoch, den 25. Mai, 18 Uhr, ist im Krematorium in der Gerichtstraße die Bestattung. Die Organisation des „Sozialistischen Jugend-Verbandes“ und der „Rote Jungvolk“ werden sich zahlreich beteiligen.
SJV Groß-Berlin.

SAP

Bezirksverband Berlin-Brandenburg: IV-Sitzung Montag, 23. Mai, 19 Uhr, im Sekretariat, Magazinstr. 12a. Ortsgruppen, die noch keine Fragebogen abgeholt haben, müssen dies Montag tun.

Montag, 23. Mai:

Ortsgruppe Charlottenberg Nord und West: 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Bahrow, Scharenstr. 3 (Am Wilhelmplatz). Ref. Enderle über Gewerkschaftsarbeit.

Dienstag, 24. Mai:

Ortsgruppe Treptow: 20 Uhr Vorstandssitzung im Lokal Vnigl, Oberschneeweide, Brückenstraße 10.
Ortsgruppe Friedrichshagen: 19.30 Uhr im Tüftler Vereinshaus, Tüftler Str. 64. Ortsgruppenmitgliederversammlung; Wahlergebnis — Prinzipienklärung — Aufgaben der Partei.
Ortsgruppe Reinickendorf: 19.30 Uhr bei Kermitz, Graf-Rudern-Allee. Ortsgruppenvorstandssitzung mit den Abteilungsleitern.
Ortsgruppe Charlottenberg: 19.30 Uhr. Funktionärkonferenz. Funktionäre des SJV müssen erscheinen. Lokal wird Dienstag bekanntgegeben.
Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus Paul Frölich 19.30

Uhr im Lokal Klinge, Seilerstr. 14, über „Revolutionäre Strategie und Technik“. Thema: Wie kommt das Proletariat zur Macht?

Mittwoch, 25. Mai:

Ortsgruppe Brandenburg: Mitgliederversammlung bei Budig, Genosse Meschkat, Prenzlauer, spricht über die Aufgaben der politischen Parteien in der Arbeiterbewegung.

SJV

Sonntag, 22. Mai, 19.30 Uhr:

Pankow: Heimabend im Heim, Mühlentstr. 77.
UB Tempelhof: Heimabend im Heim, Gustav-Beckmann-Str. 19 Uhr am Konsum, Carmen-Silva-, Ecke Gubitzstr. (Zeitungsaktion).

Montag, 23. Mai, 19.30 Uhr:

Grünau-Falkenberg: Sportabend.
Kopenick: Sport- und Badeabend.
Mitte-Nord: Moderne Bodenreife.
Mosbitz: Partei- und Gewerkschaft.
Neukölln: Alle Genossen 19.30 Uhr im Heim. Wichtige Tagesordnung.

Mitteilungen der BL:

Alle Gruppen müssen umgehend den „Jungprolet“ abrechnen, außerdem auch noch die bisher nicht abgerechneten „Roten Pioniere“.

Donnerstag, 26. Mai, fallen alle Heimabende aus. Wir beteiligen uns restlos an der Mitgliederversammlung der Partei in Kiemer Festzelt, Havelstraße. Es spricht ein Vertreter der KPD. Thema: „Wir schaffen die Einheitsfront“.

Funktionärversammlung Groß-Berlin: Nicht Montag, 23. Mai, erst Montag 30. Mai, 19.30 Uhr, im Vnigl, Friedrichshagen, Brückenstraße 2. Thema: „Die Krise der deutschen Arbeiterbewegung“ und unsere Aufgaben. Referenten: Karl Frank — Will Schuler.

Mittwoch, 25. Mai, 18 Uhr, Einweihung unseres Genossen Horst Jakob, in der Gerichtstraße. Alle Genossen beteiligen sich daran. Fahnen mitbringen.

Internationale Hilfs-Vereinigung, Ortsgruppe Pankow: Dienstag, 24. Mai, „Arbeiter vor Gericht“ Referent Gen. Strobel Heim Pankow, Mühlentstr. 77.

Deutsche Friedensgesellschaft: Dienstag, 24. Mai, 20.30 Uhr, in Kiemer Festzelt, Havelstraße 11/15. Mitgliederversammlung mit Gästen. Herr Liang Zung Chang spricht über: „Die Ursachen des gegenwärtigen Manchurischen Konfliktes und seine weltpolitische Bedeutung“.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für layouterische Johannes Hoffmann, Verlag: Sichel-Verlagsgesellschaft mbH Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben 7 7904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben 2 2903.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Sonntag, 22. Mai
8 Uhr:
Die Macht des Schicksals

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Sonntag, 22. Mai
8 Uhr:
Der Liebestrank

Schillertheater
Charlottenburg, Bismarckstraße
Sonntag, 22. Mai
8 Uhr:
Dr. Klaus

Volkshäuser

Theater a. Bülowpl.
11 Norden 2040
Sonntag, 22. Mai
8 1/2 u. 8 1/4 Uhr:
Sturm im Wasserglas

Sturm im Wasserglas
(Vorstellung für Erwerbslose)

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132
„Lilien“ 1. u. Weichsel 1472
Sonntag, 22. Mai
6 u. 9 Uhr:
Montag, 23. Mai
8.30 Uhr:
Weekend im Paradies
Gartenbühne
8.15 Uhr:
Zigeunerliebe

Theater des Weddings

Möller, Ecke Seilerstraße
Richard Tauber
in
Melodie der Liebe
dazu:
Das erstklassige Belprogramm

Pharus Lichtspiele

Müllerstraße 142
Richard Tauber,
in
„Melodie der Liebe“
mit Lien Deyers, Ida Wüst
dazu: Charl. Ander

PRATER Lichtspiele

Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
2 in einem Auto
mit Magda Schneider, Richard Romanowsky, Karl Ludwig Diehl,
ein lustiger Reliefilm
Coan Crawford in
Irrwege des Lebens
3 Uhr große Jugendvorstellung
(Sonntags) 6.50 und 9 Uhr.

Elysium - Lichtspiele

Prenzlauer Allee 56
Marlene Dietrich, Anna May Wong im
Shanghai-Express
auf der Bühne:
Die große Kapelle: Ruth und ihre Jazzboys

M * I * L * A

Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 136
des großen Erfolges wegen veräußert
Eine Woche Richard Tauber!
neuester, sensationeller Tonfilm-Erfolg
„Melodie der Liebe“
mit Lien Deyers, Szeka Szakall
Auf der Bühne:
Gastspiel Wilhelm Bendow in seiner
lustigen Szene Reise-Erlebnisse in
Wort und Bild

Achtung Genossen! Sensationsangebot!

Radio-Grammophon-Musiktruhe mit Laufwerk oder Motor, 3-Röhren-Vollnetz-Fernempfänger sowie eingebauten dynamischen Lautsprecher in Elche
Preis nur Rm. 135.—

3-Röhren-Vollnetzempfänger von Rm. 37,50 an. Geräte und Teile zum Selbstbau 20—60% unter Tagespreis. Ein Posten gebrauchter Apparate spottbillig. Veraltete Apparate werden fachmännlich zu äußerst günstigen Preisen modernisiert. Technische Beratung und Kostenschulung unverbindlich.

Nur Markenfabrikate
Auch der weiteste Weg lohnt. (Klein Laden)
Abonnenten 10% Sonderrabatt

Emil Werner, Elektroingenieur

BERLIN W 57
Blumenthalstraße 16, I Tr.

Reunion Stern

Die billige Qualitätszigarette
5 Stück 20 Pf.
mit Wertmarke

Das rote Gewerkschaftsbuch

erscheint zum 1. Juni als 5. Buch in der Reihe der „Roten Bücher“ der Marxistischen Büchergemeinde. Verfasser dieses Buches sind die Genossen
A. Enderle, J. Walcher, F. Weckerle und H. Schreiner.

Dieses Buch zeigt klar und eindeutig die großen Aufgaben, die die Gewerkschaften in dieser ökonomischen und politischen Krise haben.

Dieses Buch muß Du unbedingt lesen
wenn Du wissen willst, worauf es heute ankommt, welche Stellung Du in der Gewerkschaftsfrage und in der Gewerkschaftsarbeit einnehmen sollst. Aber nicht nur lesen mußst Du dieses Buch, sondern Du mußt überall bei allen Gewerkschaftskollegen für weiteste Verbreitung sorgen.

Das Buch kostet für Mitglieder der Marxistischen Büchergemeinde 3 Mk.

für Nichtmitglieder 4,75 M.
Solche Bücher wie dieses müssen in Massenaufgaben ins Volk. Zur Verbreitung solcher Bücher brauchen wir unsere Bücherorganisation, die Marxistische Büchergemeinde, die immer weiter ausgebaut werden muß und für die täglich neue Mitglieder gewonnen werden müssen.

Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 1 Mk., für 3 Monatsbeiträge bekommst Du 1 Buch
Melde Deine Mitgliedschaft an und bestelle sofort das Gewerkschaftsbuch bei dem örtlichen Literaturobmann oder direkt bei

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16
wo Du auch Prospekte und Material anfordern kannst und jede weitere Auskunft über die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde erhältst.

Wer Gutscheine kauft, stärkt den Pressefonds

KINO FÜR JEDERMANN

Potsdamer Str. 4, im Voxhaus / am Potsdamer Platz B1 Kurtl. 2334
Ab Freitag:
Casanova wider Willen
ein lustiger Tonfilm in deutscher Sprache mit Buster Keaton, Paul Morgan, Marion Lessing, Egon v. Jordan.
außerdem: großes Tonfilm-Kabarett, u. die neueste Ufa-Tonwochenschau
Ab Dienstag, 24. Mai:
Eine Nacht im Paradies
eine Tonfilm-Operette mit Anny Ondra, Hermann Thimig, Ralph Arthur Roberts, Margarete Kupfer,
Ufa-Tonwochenschau und das große Tonbelprogramm.
Jugendliche u. Erwerbslose 0,40 M.
Fagl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag: ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzlg. Tag- u. Nachtkino Berlins

Münz-Theater

Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Tom Keyne,
Der König der Steppe
und
Eine Nacht im Paradies
mit Anny Ondra

Lichtspiele

am Stettiner Bahnhof
Invalidenstr. 127
Tonfilm-Tageskino
Der schönste Mann im Staate
mit Siegfried Arno und Lillian Harvey in
2 Herzen und 1 Schlag

HAUS WÄTERLAND

RESTAURANT
BETRIEB
KEMPINSKI

Westfalen

Schubreparatur-Preise
enorm gesenkt
Laubrunn, Buchum-Linden

Pastor Cremers Erholungsreisen

Immer tollere Enthüllungen im Devaskandal-Prozess

In der Nachmittagsverhandlung des Devaskandal-Prozesses wurden die anderen Anklagepunkte erörtert, wobei es sich hauptsächlich darum handelte, daß die angeklagten Pastoren D. Cremer und Müller aus Mülheim

auf Geschäftskosten Sommerreisen gemacht und daß sich Pastor D. Cremer aus Mitteln der Auslandsanleihe nacheinander verschiedene Autos gekauft habe.

Die Vernehmung der Angeklagten zu den Vorwürfen der Anklage konnte gestern beendet werden.

Zunächst beschäftigte man sich gestern noch mit dem Vorwurf der Anklage, daß der Angeklagte Wilhelm Jeppel aus dem Provisionskonto der Deuzag unberechtigterweise an Pastor D. Cremer 20 000 Mark aus der sogenannten Ivag Provisionen gezahlt habe. Auch bei diesem Punkt der Anklage versuchten die beiden Angeklagten, denen gemeinschaftliche Untreue zur Last gelegt wird, die Schuld gegenseitig aufeinander abzuwälzen. Pastor Cremer erklärte, daß er das Geld sich von Jeppel persönlich geborgt und nicht gewollt habe, daß es aus Geschäftsgeldern stamme.

Vors.: „Wozu brauchten Sie denn das Geld, Herr Cremer?“

Angekl.: „Ich hatte Verpflichtungen. Ueber deren Zweck möchte ich nichts sagen.“

RA.: Mühring: (zu Jeppel): „Kam es nicht öfter vor, daß man von Ihnen Kredit haben wollte?“

Jeppel: „Ich glaube, es gibt kein Aufsichtsratsmitglied, das sich nicht nach Geld gedrängt hat.“ (Heiterkeit.)

Sehr undurchsichtig sind auch die Geschäfte, die die Anklage unter dem Fall Bendorf schildert. Zu Lasten dieses Kontos sind bei der Baugenossenschaft 84 000 Mark an Jeppel gezahlt worden, die dieser an Clausen für Zinsen der Auslandsanleihe gegeben haben will. Clausen hat das Geld aber nach der Anklage für eigene Zwecke verwandt, und bestritt, das Geld als Zinszahlung bekommen zu haben.

Ziemlich breiten Raum nahm die

Erörterung der Erholungsreisen des Angeklagten Pastor D. Cremer und des Pfarrers D. Thiel ein.

Auf dem Provisionskonto der Deuzag befinden sich nämlich im November 1930 drei Zahlungen über insgesamt 7000 Mark mit dem Buchungvermerk „Provision Thiel.“ Die ersten 3000 Mark hat der Angeklagte D. Cremer, der im Jahre 1930 erkrankt war, für einen längeren Kuraufenthalt erhalten. Aus der weiteren Vernehmung ging hervor, daß das Geld aus einem Dispositionsfond stammte, vöndem man bisher nichts wußte, obwohl derartige andere Fonds bereits in der Voruntersuchung bekannt geworden sind.

Vors. (zu Pastor Müller): „Ihnen wird zur Last gelegt, daß Sie auf diese Reise Ihre Frau und Ihre Kinder mitgenommen und die Kosten in Höhe von über 8000 Mark später von der Baugenossenschaft bezahlt wurden.“

Pastor Müller: „Der Aufsichtsrat war damit einverstanden, daß ich meine Familie mit-

nahm, sonst hätte ich die Fahrt nicht angetreten. Leider ist das nicht protokolliert worden.“

Dann wurden noch kurz die Anklagepunkte erörtert, die Pfarrer D. Cremer Untreue durch Veruntreuung von Wohlfahrtsgeldern, unrechtmäßige Verfügung über Geld der aus Dispositions- und Geheimfonds und unrechtmäßige Verfügung zum Nachteil der Auslandsanleihe zur Last legen. In diesem Zusammenhang stehen auch die Autospesen, und zwar schaffte sich der Angeklagte Cremer im Jahre 1924 einen Protos-Wagen an, die Mittel dafür entnahm er einem Geheimkonto A in Höhe von 8000 Mark. Im Jahre 1927 wurde ein kleiner Chrysler gekauft und mit Mitteln aus einem anderen Dispositionsfond bezahlt. Dieser Wagen wurde wieder verkauft, und ein großer Chrysler mit 10 000 Mark aus dem Grundschuldkonto der Hilfskasse gekauft, und diesen Kaufpreis soll sich Cremer noch einmal von der Evangelischen Versicherungszentrale haben bezahlen lassen. Auch dieser Wagen ging in andere Hände über, und schließlich wurde ein Hochwagen erworben. D. Cremer erklärte, daß die doppelt gezahlten 10 000 Mark auch jetzt noch vorhanden seien.

Schriftstellerprotest gegen AIZ-Beschlagnahme

Die unterzeichneten Künstler und Schriftsteller erheben Protest gegen die völlig ungerechtfertigte Beschlagnahme der Mainummer der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung“. Bei Beschlagnahme wies das badische Polizeipräsidium ausdrücklich auch auf die in dieser Nummer erschienene Photomontage John Heartfields hin. Der Inhalt der Mainummer ist ebenso wie das Bild John Heartfields auf den Kampf gegen den Krieg — die traditionelle Lösung aller bisherigen Malfestern — eingestellt. Diese Nummer verbietet, heißt den Kriegstreibern, wie sie jetzt in allen Ländern, auch in Deutschland, am Werke sind, Verschluss leisten.

Wir fordern im Namen aller freien Schriftsteller und Künstler die sofortige Aufhebung der Beschlagnahme.

*

Prof. Hans Baluschek-Berlin, Prof. Otto Dix-Dresden, Gertrud Eysoldt-Berlin, Fritz Genschow, Valeska Gert, George Grosz, Rudolf Herrmann, Prof. Karl Hofer, Prof. Käthe Kollwitz, Kate Kühl, Resi Langer, Otto Nagel, Paul Nikolai, G. W. Pabst, Leonhard Steckel, Alfons Paquet, Dr. Apfel, Dr. Adolf Behne, Prof. Rudolf Berger, Bert Brecht, Bernhard von Brentano, Otto Corbach, ehem. Pfarrer Eckert, Lion Feuchtwanger, Erich Franzen, Eduard Fuchs, Prof. Alfons Goldschmidt, Ernst Glaeser, Wieland Herzfelde, Hans Hyman, Herbert Inering, Walter Karsch, Dr. Erich Kästner, Georg Ledebour, Erich Mühsam, Walter Oehme, Dr. Max Osborn, Karl Otten, Theodor Plivier, Ludwig Renn, Anna Seghers, Karl Schnog, Leopold Schwarzschild, Ernst Toller, Erich Weinert, Paul Westheim, Anna Wiesner-Gmeyer.

Ketzerverfolgung der Katholischen Aktion

Die Verfassung von Weimar ist, sicherlich Vernehmen nach, offiziell noch nicht suspendiert. In ihrem dritten Abschnitt behandeln die Artikel 135-141 „Religion und Religionsgesellschaften“. Im Artikel 137 aber heißt es unmißverständlich:

„Den Religionsgesellschaften werden die Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen.“

Eine solche „Vereinigung“ ist fraglos die „Freireligiöse Gemeinde“ zu Berlin. Diese hat auf ihrem Friedhof eine Tafel angebracht, deren Inschrift besagt:

„Kreuze und andere Abzeichen religiösen Aberglaubens dürfen hier nicht niedergelegt werden.“

Die Tafel hängt jahrelang unbehelligt. Aber die Zeit schreitet fort. Was gestern noch unantastbar, ist heute der Katholischen Aktion, die, sollte man meinen, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde nichts zu suchen hat, ein Grauel und Schœuel. Diese Katholische Aktion und ihre römische Kirche, die innerhalb ihrer Bethäuser und innerhalb der Mauern ihrer Friedhöfe ebenfalls alles verbannt, Abzelen und anderes, was dem Geist ihrer Religionsgemeinschaft ebenso als Aergernis erscheint wie der Freireligiösen Gemeinde das Kreuz, nimmt beispielsweise Anstoß an der Kulturausbildung der Freireligiösen.

Jedenfalls hat die Katholische Aktion Anzeige wegen der Inschrift der Tafel auf dem Freireligiösen Friedhof erstattet, wurde aber

deswegen von der zuständigen Staatsanwaltschaft mit großem Recht abgewiesen. Dann begab sich etwas recht Merkwürdiges:

Die gleiche Strafverfolgungsbehörde, die erst die Verfolgung der Freireligiösen Gemeinde abwies, griff diese jetzt wieder auf und erhebt nun gegen deren Vorsitzenden Blum die Anklage wegen Vergehens gegen den § 160 des Strafgesetzbuchs, und zwar sei die „Beschimpfung des Kreuzes damit auch mittelbar eine gegen die Christusverehrung gerichtete Beschimpfung“. — Die Christusverehrung aber sei eine Einrichtung der christlichen Kirchen.

Wie dieser hundertprozentige Meinungswechsel zu erklären ist, steht zurzeit noch nicht fest. Einige Fingerzeige geben aber folgende Tatbestände: Der Vorsitzende der anzeigenden und Strafe für die freireligiösen Ketzler fordernden „Katholischen Aktion“ ist der Leiter der Polizeibehörde im Preussischen Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. Klausener, der sich jetzt schon als der künftige Herr des Amtes führt. Justizminister ist sein Glaubens- und Parteigenosse Dr. Schmidt. Genug — das Verfahren soll am nächsten Mittwoch vor dem Schöffengericht beim Amtsgericht Berlin-Mitte zur Hauptverhandlung kommen.

Schon die Anberaumung dieses Prozesses ist ein erneuter Beweis dafür, wie allmächtig die Geschorenen und Geschichteten in der deutschen Republik geworden sind.

Schleicher, der Heilige des Hakenkreuzes

Dem „B. T.“ wird aus Hamburg berichtet:

„Der Chefredakteur des nationalsozialistischen „Hamburger Tageblattes“, Dr. Krebs, ist heute durch eine Verfügung Hitlers aus der NSDAP ausgeschlossen und seines Postens fristlos entbunden worden. Diese Maßnahme ist von erheblichem Interesse. Sie ist zunächst die Folge eines in der Form sehr maßvollen Angriffs des von Dr. Krebs geleiteten nationalsozialistischen Organs gegen den General von Schleicher, der als „provisorischer Reichswehrminister“ bezeichnet wurde. In der Absetzungsverfügung des Braunen Hauses wird erklärt,

daß Dr. Krebs mit diesem Angriff gegen General Schleicher die Richtlinien der NSDAP verletzt habe.

Außerdem habe er die Polemik gegen den Reichskanzler „zu lau“ geführt. Der Gemäßregelte wehrt sich demgegenüber mit einer Erklärung, die auf die Verhältnisse innerhalb der NSDAP wieder ein bezeichnendes Licht wirft. Er stellt fest, daß diese Partei keinen Menschen in ihren Reihen dulde, der selbständig denke und den Ergebnissen seines Denkens Ausdruck zu geben vermöchte. Die NSDAP

habe um des Wohlwollens ihrer Bürogenerale willen einen ihrer ältesten Mitkämpfer herausgeworfen. Mit einem solchen Verhalten sei die Partei gerichtet.“

Dieser Vorfall verdient in der Tat allergrößte Beachtung, und zwar nicht so sehr im Hinblick auf die Hitlersche „Arbeiterpartei“, als vielmehr wegen des Lichtes, in das er den General Schleicher rückt. Umsonst kommt man nicht in das Ansehen eines Schutzheiligen des Hakenkreuzes.

Ein Nationalsozialist anhaltischer Ministerpräsident

TU. Dessau, 21. Mai 1932.

In der Sitzung des anhaltischen Landtages am heutigen Sonnabend wurden Regierungsrat a. D. Freyberg aus Quedlinburg zum Ministerpräsidenten und Ministerpräsident a. D. Dr. Knorr-Dessau zum Minister gewählt. Freyberg gehört zu den Nationalsozialisten, Dr. Knorr zu den Deutschnationalen.

Felseneck-Vernehmungen beendet

Im Schwurgericht beim Landgericht III, das sich mit den Vorgängen in der Kolonie Felseneck beschäftigt, wurde am Freitag nach einer Verhandlungsdauer von einem Monat die Vernehmung der 24 Angeklagten — sechs Nationalsozialisten und 18 Kommunisten — beendet. Das Gericht wird nunmehr in der Beweisaufnahme eintreten



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

13. Fortsetzung

Junge. Junge. Der hätte sich das mit den fünf-hundert Mark nicht lange überlegt ...

„Hätt ick ooch nich ...“
Ach, da hat Hans ihm die Geschichte ja erzählt. Das wollte er doch wahrhaftig nicht. Das geht manchmal so alles durch mit ihm ... und wenn man sonst niemand hat ... Wenn man erst mal so beim Erzählen ist, dann rutscht das alles so raus ...

„Abhauen, abhauen“, beschließt Friedel seine Lebenserfahrungen. „Man will ooch leben. Leben id nich erwischen lassen ...“

Dabei ist sich gerade Friedel über das Aus-sichtslose der Sache völlig klar. Aber er pustet gern. Er freut sich, wenn andere mal mit vollen Segeln so richtig mang schlidern. Er ist kein gemeiner Mensch. Nein, nur so. Das is doch was, da muß man lachen.

Acht Tage später hat Hans vierhundert-siebzig Mark unterschlagen und ist verschwunden.

Er ist weg. Niemand weiß, wohin. Auch Friedel nicht. Der wartet zwei Abende, drei Abende vergebens. Dann pfeift er durch die Zähne: aha, aha ... Dann horcht er mal hier und mal da und dann weiß er Bescheid ...

Vierhundert-siebzig Mark. Hübsche Summe. Runde Summe. Feines Geld. Das ist ein Schlag ... Eine hübsche Sache ...

Nach Hamburg fährt man vom Lehrter Bahnhof. Es gehen viele Personenzüge. D-Zug ist besser, ist vornehmer und schneller. Hans ist noch nie D-Zug gefahren. Stolz und elegant rauscht der Zug aus der Halle. Er hat einen Speisewagen. Rot und gold. Wie sich der Zug in die Brust wirft. Wie der Zug poltert. Aber immer vornehm ... Da bleiben links und rechts die Häuser liegen, da sausen Bäume, nein, Wälder vorbei. Da ist ein Dörfchen und da ist eins. Der Herr Bahnhofsvorsteher steht auf dem Bahnsteig, aber der Zug kann hier nicht halten. Kleines Nest, kleines Nest. Tempo. Tempo. —

Wie die Wagen federn. Das ist mal was. Hallo, hallo. Tempo. Tempo ... Wo liegt denn Berlin?

Da ist ja eine Karte im Wagen. Sehen wir nach. Der D-Zug fährt über ... Wo liegt denn Hamburg ... Hamburg? Ach, da natürlich ... Menschen gehen durch den Gang. Zwei Damen in kostbaren Pelzen ... Das ist alles so vornehm ... Alle Menschen sind gut gekleidet. Alle Menschen tragen hier gute Anzüge. Auch Hans trägt einen guten Anzug ... Er ist ja gar nicht Hans Schulze, Arbeitsbursche, siebzehn Jahre alt, er ist ... Ja, wer ist er denn ...?

„Wittenberge ... Witten ... berge ... Fünf Minuten Aufenthalt ...“

Der Zug steht. Die Menschen rennen durch die Gänge über den Bahnsteig. „Warme Würstchen ... Zeitungen ...“

Hans hat einen Platz im Abteil ... Hans traut sich nicht, hineinzugehen ... Da sind noch sechs Menschen drin. Da ist ein Herr, der ihn verhin so ansah. Der wird bald merken, was los ist. Lieber nicht hinein.

Der Zug rollt weiter. Menschen gehen durch den Gang. Ein Kellner kommt. Geht.

Hans geht hinterher. Er hat wirklich Hunger. Gestern um diese Zeit war er ... Was war er denn ...?

Abteile zweiter Klasse ... Roter Plüsch. Da sitzen sie drin, die Leute mit Geld ... Wie sie rauchen und wie sie die Beine übereinanderschlagen ... Hans wird das auch versuchen ...

Dies ist der Speisewagen ... Da kann man nicht hinein ... Und, wenn man Hunger hat ...? Da sitzen doch viele Menschen, die essen alle. Hans sieht das immer wenn jemand heraus- und hineingeht. Wie vornehm das alles ist. Hans, du bist auch vornehm. Nur Ruhe ... Ruhe ...

Poch ... poch ... poch ...
Hans nimmt einen Anlauf. Los doch ...
Aber es geht nicht ... es ... geht ... nicht ...

Die werden alle aufsehen da drin. Er muß dann versinken ... Wie geht man denn da drin. Wie hält man die Hände, die Arme. Wie setzt man sich? Sagt man guten Tag? Muß man sich vielleicht verbeugen ... Guten Tag, gestatten Sie ... mein Name ist Hans Schulze.

Dann wird es heißen:
Sieh da, sieh da, Hans Schulze. Das ist ja der Schlingel, der Lump ... der Verbrecher. Herr Ober, lassen Sie doch den Mann gleich festnehmen. Halten Sie ihn ...
Hans verschwindet schnell. Gleich kommt jemand ...

Da ist die Elbe. Wittenberge liegt an der Elbe ... Ein großer Fluß. Breit wie der Wannsee ... Nein, der Wannsee ist breiter. Hans war schon lange nicht mehr am Wannsee. Das viele Fahrgeld. Und dann mit wem? Allein? Aber er fährt allein nach Hamburg. Ein feiner Herr kommt vorbei. Dunkler Anzug, schwarze Schuhe, Gamaschen. Wie er geht. Das ist ein feiner Herr. Der duftet richtig nach Parfüm. Vielleicht hat er auch

gestohlen, denkt Hans einen Augenblick. Und wundert sich dann über seine dummen Gedanken.

Rattatatta — Rattatatta — poltern die Räder. Ganz verhalten. Tempo. Tempo ...

Hamburg ist eine schöne Stadt. Geschoben wird überall. Aber hier geschieht es mit Würde.

Hamburg hat eine gute Jugendbehörde und eine fixe Polizei.

Wenn da so ein Jungchen ankommt, ganz frisch von Muttern weggelaufen, im Köfferchen noch Karl May „Die Goldgräber von Alaska“ oder „Die letzten Delaware“ ... Wie der schon die Treppe hinaufsteigt.
Ach, dieser große Bahnhof ...
Gleich ist er am Hafen ...
Ob es wohl hier schon Neger und Indianer gibt? ...

Da steht so ein Herr am Ausgang, der guckt nur.

Da kommt so ein Junge zum Ausgang ...

Die vielen Menschen.
„Halt, mein Freund, kann ich mal 'n Moment in Ihre Papiere sehen?“

Wohin des Wegs ...?
So so ... Gehen Sie mal 'n Augenblick mit ...

Aus ist der Traum ...
Kein Schiff und keine Indianer ...

... befindet sich Ihr Sohn — Mündel — Schützling (Unzutreffendes ist zu durchstreichen) in unserm Jugendheim Neustädter Weg. Sie können ihn hier abholen ...

Wieviel tausend Jungen marschieren diesen Weg? Das ist ein Heer, das sind Armeen. Junge Menschen, die aus Engherzigkeit und Not, aus Haß und Lieblosigkeit entfliehen wollen. Sie suchen ihr Jugendreich. Nichts weiter. Die Welt ist doch so groß. Irgendwo muß doch ein Plätzchen für sie sein ...

Ein toller RGO-Skandal

Ein vom Kapital bestochener Streikbrecher wird von der RGO gedeckt und wird — zum RGO-Führer

Vor einiger Zeit veröffentlichten wir einen vom Schuhmacherverband eingesandte Zusage „Leiser bietet mehr“ (siehe SAZ vom 3. Mai). Der ursprüngliche Text der Zusage des Schuhmacherverbandes enthielt so ungläubliche Behauptungen über einen gewissen Bormann, ehemals RGO-Betriebsrat bei Leiser, daß wir glaubten, ihre Veröffentlichung nicht verantworten zu können und daher die gräßlichsten Stellen herausstrichen. Inzwischen haben wir uns überzeugen müssen, daß die schon damals aufgestellten und von uns gestrichenen Behauptungen nicht nur restlos der Wahrheit entsprechen, sondern noch viel zu wenig sagten. Das wird — durch den traurigen Helden Bormann selbst — bestätigt.

Bormann wurde nämlich vor einiger Zeit aus dem freigewerkschaftlichen Schuhmacherverband ausgeschlossen, weil er — nicht etwa revolutionäre Oppositionsarbeit — sondern im Auftrag der RGO planmäßig darauf hinarbeitete, die Schuhmachergewerkschaft bei Leiser zu vernichten. In den Auseinandersetzungen über diesen Ausschluß wurde erst Näheres aus der früheren Tätigkeit Bormanns als bezahlter Streikbrecher bekannt und vom Schuhmacherverband den Arbeitern öffentlich mitgeteilt. Darauf hat nun die RGO nicht etwa Bormann fallen lassen und mit Schimpf und Schande davongejagt, sondern sie deckt ihn und seine Schandtaten. Die RGO gab offiziell ein Flugblatt heraus, in dem Bormann folgendes mitteilt:

„Beim letzten Streik der Fa. Leiser kam der Betriebsleiter schon am ersten Streiktag in meine Wohnung und sagte, was man tun könne, damit die Arbeit wieder aufgenommen wird. Ich ging dann zu verschiedenen Kollegen in die Wohnung und sprach mit ihnen über den Streik und über einen eventuellen Abbruch. Am Freitag nach Ausbruch des Streiks gab es den Restlohn ausgezahlt. Ich erhielt im Gegensatz zu den anderen Kollegen den vollen Lohn ausgezahlt. Ich habe gegen den Streik gesprochen und bin zu RGO-Kollegen und anderen Kollegen gegangen und habe sie zum Streikabbruch bewegt. Am Sonntag vor Arbeitsaufnahme hatte mich der Betriebsleiter Krause abends in seine Wohnung bestellt. Herr Krause legte mir zwei Listen vor, wo alle diejenigen verzeichnet waren, die wieder eingestellt und die entlassen werden sollten. Ich habe mich mit geringen Änderungen mit allen Entlassungen einverstanden erklärt. Herr Krause redete mir zu, doch den Betriebsrat zu machen. Ich sagte zu. Ich fragte, warum ich den vollen Lohn bekommen hätte, worauf mir gesagt wurde: „Na, Sie können es ja brauchen.“ In den nächsten Tagen nannten mich Kollegen der RGO Streikbrecher und schlugen mir ins Gesicht. Ich beantragte daher bei der Polizei einen Waffenschein. Ich bekam einen Revolver, der 35 M. kostete und den die Firma bezahlte. Nachdem der Streik zu Ende war, sollten mir wegen einer Sache 50 Mark vom Lohn gepfändet werden. Die Betriebsleitung hat diese 50 Mark nicht von meinem Lohn abgezogen, sondern von sich aus bezahlt. Insgesamt war ich dreimal bei Herrn Krause in der Wohnung, wo er mir Instruktionen gab.“

Dazu schreibt die Ortsverwaltung des Schuhmacherverbandes:

In dem erwähnten Flugblatt behaupten Bormann und die RGO, daß die Ortsverwaltung und Hörtz vom Schuhmacherverband von diesen Verbrechen Bormanns Kenntnis gehabt, sie organisiert gutgeheilen und geduldet hat. Die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD, druckt diese Lügen in der Ausgabe vom 19. Mai mit sadistischer Freude ab.

Demgegenüber erklären wir, daß

Bormann und die Verbreiter seiner Behauptungen gemeine Lügner und Verleumder sind

und fordern sie auf, wenn sie keine gemeine Lügner und Verleumder sein wollen, gerichtlich gegen uns vorzugehen.

Die Unwahrheit der gegen uns gerichteten Verleumdungen ergibt sich schon aus der bekannten Tatsache, daß die gesamte Ortsverwaltung des Schuhmacherverbandes im Januar 1931 mit aller Schärfe gegen die von Bormann intensiv betriebene Arbeitsaufnahme aufgetreten ist. Die Arbeitsaufnahme erfolgte gegen den Willen der Ortsverwaltung. Daß Bormann von der Firma Leiser bestochen war, erfährt die Ortsverwaltung und Kollege Hörtz erst in einer Betriebsversammlung der Firma Leiser Fabrik und Reparaturwerkstatt am 21. April 1932, wo ein bei Leiser Fabrik beschäftigter Kollege den Vorwurf gegen Bormann erhob, er habe sich von der Firma bestechen lassen. Bormann war zu dieser Zeit längst wegen der eingangs angeführten Gründe aus der freien Gewerkschaft ausgeschlossen.

Bormann behauptet in dem Flugblatt

weiter, daß die Arbeitsaufnahme bei Leiser am 12. Januar 1931 zwischen „Hörtz und Kochenthaler vereinbart“ wurde. Diese Behauptung trägt den Stempel der Lüge an der Stirn, denn die Arbeitsaufnahme ist gegen den Willen der Ortsverwaltung erfolgt. Gegenüber der weiteren Behauptung Bormanns, nach Kollege Hummel sei bei Herrn Krause in der Wohnung gewesen, erklärt Kollege Hummel, daß er niemals bei Herrn Krause in der Wohnung und auch Herr Krause nicht bei ihm in der Wohnung war.

In dem erwähnten Flugblatt gibt der aus der freien Gewerkschaft ausgeschlossene Otto Koch eine „eidesstattliche Versicherung“ ab, nach der er den Kollegen Hörtz im März 1931 auf Verfehlungen Bormanns aufmerksam gemacht haben will. Wir erklären hierzu, daß Koch niemals beim Kollegen Hörtz oder einem anderen Mitglieder der Ortsverwaltung gewesen ist, um auf diese Verfehlungen Bormanns aufmerksam zu machen.

Daß in der Arbeiterbewegung gelegentlich Verräter und Spitzel auftreten, ist allbekannt. Daß aber eine Arbeiterorganisation solche Verräter als Mitglieder aufnimmt und behält, ist

erst seit Gründung der RGO zu verzeichnen. Bormann ist nicht der erste Fall. Wir erinnern nur an die 17 RGO-Streikbrecher beim Streik bei Leiser in den Filialen. Von einem Ausschluß dieser Streikbrecher aus der RGO ist nichts bekannt. Im Gegenteil, die RGO bewillt sich, diese Verräter als Mitglieder zu erhalten und hat ihren Streikbruch beschönigt.

Die Zusage des Schuhmacherverbandes schließt mit einer Mahnung an die Kollegen von Leiser und alle übrigen Arbeiter, mit diesen RGO-Brunnenvergiftern Schluß zu machen und die geschlossene gewerkschaftliche Kampffront wieder herzustellen.

Das können wir nur unterschreiben. Aber darüber hinaus steht noch eine andere Frage, die Schuld der KPD-Führung. Es ist die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD, die diesen Lumpen Bormann und seine Schurkerei deckt und ihn jetzt als großen RGO-„Revolutionär“ anpreißt. Sie entschuldigt ihn damit, daß er „vom Kapital korrumpiert“ worden sei, aber daß er sich jetzt, durch sein „Bekanntnis“ reinzuwaschen“ hätte.

Der „Rote Fahne“ ist dieser Bursche vertrauenswürdig genug, die freche, zur Entschuldigung vorgebrachte Lüge nachzudrucken. Hörtz hätte von den Schurkereien gewußt, ja sie gedeckt.

Wir fragen die ehrlichen KPD-Arbeiter: Wollt ihr eine solche Schändung des Kommunismus durch eure Führer noch länger dulden? Man kann gegen diese echt gelben Methoden der RGO-Häuptlinge nicht polemisieren, sondern sich nur mit Ekel abwenden.

Das Heimarbeiterelend in Sachsen

Aus dem Jahresbericht des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums über die Tätigkeit der Hausarbeitsfachausschüsse in Sachsen entnehmen wir folgendes:

Der auch im Jahre 1931 andauernde wirtschaftliche Niedergang hat sich natürlich auch auf dem Gebiete der Hausarbeit ausgewirkt. Da aus Ersparnisgründen die regelmäßige Arbeiterzahlung im Jahre 1931 ausgesetzt worden ist, können genauere Angaben über die Zahlen der Hausarbeiter nicht gewonnen werden.

Ueber die Wirtschaftslage im Bereiche der einzelnen Fachausschüsse ist folgendes zu sagen: Im Bereiche des Gesamtfachausschusses für die Karneval- und Festartikel-Industrie — Sitz Leipzig — werden in der gegenwärtigen Krise nur etwa 4000 (davon 350 in Sachsen) Hausarbeiter beschäftigt, während in normalen Zeiten 12—13 000 Hausarbeiter beschäftigt wurden. In der papierverarbeitenden Industrie ist die Beschäftigung in der Kartonagen-, Tüten- und Beutelindustrie im Jahre 1931 ganz wesentlich zurückgegangen. Es ist durchschnittlich an drei bis vier Tagen gearbeitet worden. Arbeit hatten etwa 200 Hausarbeiter.

Die Beschäftigungslage im Bereiche des Fachausschusses für Herstellung von Strumpf-, Strick- und Wirkwaren sowie Stoffhandschuhen (Sitz Chemnitz) war durchaus uneinheitlich. Mäßig beschäftigt waren die Betriebe der Trikotagenindustrie. In der Feinstrompfwirkerei waren die Hersteller hochwertiger Waren noch ausreichend mit Aufträgen versehen. Die Strickwarenfabrikation hatte teils völlig unzureichend, teils gut zu tun. Die Löhne betragen unter Berücksichtigung einer Lohnsenkung von 5 Prozent 39 bis 40,9 Pf. in der Stunde. Der Lohnregelung in der Strumpfhandschuhindustrie lag bisher ein Stundenverdienst von 27 Pf., bei besseren, allerdings auch selteneren Waren von 35 Pf. zugrunde. Sie galt für etwa 4000 Hausarbeiter. Die Wirtschaftslage der Stoffhandschuhindustrie war im Berichtsjahre durchaus unbefriedigend. Größere Aufträge wurden nur gegen Ende des Berichtsjahres vor der Erhöhung der englischen Schutzzölle für den englischen Markt ausgeführt. Die Zahl der Hausarbeiter kann in dieser Industrie mit etwa 10 000 angenommen werden. Die Löhne sind infolge des starken Preisdruckes sehr stark unterschritten worden.

Die Lage im Bereich des Fachausschusses für die erzgebirgische Posamentenindustrie (Sitz Annaberg) ist schon seit Jahren wenig günstig. Sie war von jeher auf Export angewiesen, der immer mehr nachläßt. Die vom Fachausschuß festgesetzten Löhne bewegen sich durchschnittlich in der Spanne von 18—22 Pf. pro Stunde. In einzelnen Fällen sind Stundenlöhne bis zu 32 Pf. festgesetzt worden, dagegen ist man anderwärts auch weit heruntergegangen, so ist z. B. für billige Klöppelspitzen ein Mindestlohn von 11 Pf. pro Stunde anerkannt worden.

Im Bereiche des Fachausschusses für die Holz- und Schnitzstoffindustrie (Sitz Chemnitz) ist die Lage sehr bedrückend. Der Lohnregelung liegt ein Stundenverdienst von 20 Pfennig für über 16 Jahre alte, und 15 Pf. für unter 16 Jahre alte Hausarbeiter zugrunde. In der Musikwaren- und

Instrumentenherstellung ist der Geschäftsgang infolge des Verlustes ausländischer Absatzmärkte stark zurückgegangen. Vorhanden sind etwa 3000 weibliche und 1000 männliche Hausarbeiter, von denen aber jetzt die Hälfte arbeitslos ist. Im Tarif ist für männliche Arbeiter ein Stundenlohn von 35—50 Pfg., für Arbeiterinnen ein solcher von 20 Pfg. zugrunde gelegt. Auch in der Bürsten- und Pinselindustrie war der Beschäftigungsgrad nicht günstig. Der Lohnregelung liegt ein Stundenlohn von 35 Pfg. zugrunde. Im Bereiche des Fachausschusses für Webwaren-Industrie (Sitz Chemnitz) waren etwa 2200 Hausarbeiter in der Kleiderstoffweberei und 600 Hausarbeiter in der Gemischtweberei beschäftigt. Die Wirtschaftslage der Kunstblumenindustrie (Sitz Dresden) verschlechterte sich weiterhin. Im Jahre 1930 waren noch ungefähr 4500 Hausarbeiter in der Kunstblumenindustrie tätig. Die Stundenlöhne bestehen von 25—40 Pfg. für vier verschiedene Gruppen von Blumen. Die vor allem in Dresden seßhafte Tapisserei-Industrie ist weiter stark zurückgegangen. Bedarf ist höchstens für billigste vorgezeichnete Handarbeiten vorhanden. Der für diese Arbeit gezahlte Lohn beträgt ungefähr 25 Pfennig die Stunde.

Im Bereiche des Fachausschusses für Kleiderkonfektion (Sitz Dresden) finden zur Zeit nur allerbilligste Waren bei schärfster Kalkulation Absatz. In der Stickerei-Industrie (Sitz Plauen) ist ein seit Jahren nicht erreichter Tiefstand der Beschäftigung der Lohnstickereien zu verzeichnen. Die Bunt- und Perlstickerei lag im Berichtsjahre völlig darnieder. Für diese Arbeiten ist ein Stundenlohn von 27 Pfg. genehmigt worden, der mit Wirkung vom 15. Januar 1932 auf 26,55 Pfg. gesenkt worden ist. Die Beschäftigung der Damen- und Kinderwäschekonfektion war nach dem Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes Plauen schlecht. Für die Hausarbeiterinnen galt ein Stundenlohn von 37 Pfg. Für die Hausarbeiter in den Betrieben für Herrenwäsche war nur tage- und wochenweise Beschäftigung vorhanden. Für die Hausarbeiterinnen der Herrenwäschereierei war ein Stundenlohn von 46,2 Pfg. festgesetzt worden, den der Fachausschuß mit Wirkung vom 15. Jan. 1932 auf 38,5 Pfg. herabsetzte und als allgemeinverbindlich genehmigte.

*

Diese Angaben und Zahlen drücken eine kaum zu überbietende Not Hunderttausender von Heimarbeitern und -arbeiterinnen aus. Es ist die seit Generationen aufs schmerzhafteste ausgebeutete sächsische Arbeiterschaft, die ehemals fast restlos sozialdemokratisch gesonnen war und dazu beitrug, daß die Vorkriegssozialdemokratie in Sachsen von 23 Reichstagsmandaten 22 innehatte. Das Versagen der SPD, ihr Verrat am Sozialismus hat diesen Massen in ihrem Elend den Glauben an den Sozialismus genommen und sie der Demagogie der Nationalsozialisten in die Arme getrieben. Gerade in den sächsischen Heimarbeiterelendsrevieren hat die Hitlerpartei Hunderttausende von neuen Wählerstimmen bekommen. Eine vernichtende Anklage für die SPD, und eine Mahnung an unsere Genossen, alles zu tun, um durch eine revolutionäre Arbeiterpolitik diese Massen für den Sozialismus zurückzugewinnen.

Um dem Schlichter vorzugreifen

Stimmen Gewerkschaftsfunktionäre 14 und 16 Prozent Lohnabbau zu

Fast unglaubliches ist geschehen. Die Unternehmer des Berliner Rohrleger- und Klempnergewerbes haben, wie wir bereits meldeten, den Lohn tarif gekündigt und riesigen Lohnabbau gefordert. Es kam zu Verhandlungen. Zu deren Ergebnis hatten die DMV-Rohrleger und Klempner in einer gemeinsamen Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus Stellung zu nehmen. Darüber berichtet die DMV-Leitung in „Vorwärts“: Sie mußten wählen zwischen der Annahme eines Angebots der Unternehmer, daß ab 19. Mai eine neue Lohnkürzung um etwa 14 Proz. vorliehe, oder der Anrufung der staatlichen Schlichtungsinstanzen, deren Aufgabe es jetzt bekanntlich ist, in allen irgendwie mit dem Baugewerbe verbundenen Berufen die Löhne „anzugleichen“.

Der Arbeitgeberverband der Zentralheizungindustrie und der gesundheitstechnischen Betriebe in Berlin war zum Abschluß eines neuen Lohn- und Manteltarifvertrages bis zum 31. März 1933 nur bereit, wenn die Löhne der Rohrleger von 1,35 auf 1,16 Mark gesenkt werden, die Löhne der Helfer von 1,12 Mark auf 97 Pf. und die Landzulage von 5,50 auf 4,50 Mark.

Die Urlaubsentschädigung soll entsprechend der Kurzarbeit im vorigen Jahre ebenfalls gekürzt werden.

Nach einem ausführlichen Bericht des Bevollmächtigten Genossen Eckert über den Ernst der Situation und einer regen Aussprache hat die Versammlung dem Angebot der Unternehmer zugestimmt, da sie sich von Verhandlungen vor den Schlichtungsinstanzen ein noch viel schlechteres Ergebnis versprach. (!)

Genau dasselbe Bild bei den Berliner Malern. Hier haben die Unternehmer nach der Tarifkündigung eigenmächtig die Löhne von 1,25 auf 1 M. herabgesetzt. Ein inzwischen gefällter Schiedsspruch sieht einen Abbau von 1,25 auf „nur“ 1,05 M. vor. Die Funktionäre haben dem Schiedsspruch zugestimmt, um dem noch größeren Lohnabbau der Unternehmer zu entgehen und „weil sie einen offenen Kampf gegen den Lohnabbau für aussichtslos halten.“

Das sind sehr schlimme Zeiten. Sie müssen die Unternehmer und die Schlichter Stegerwalds zu noch ungeheuerlicheren Lohnabbauentscheidungen ermuntern. Natürlich ist die Einstellung der Arbeiter und Funktionäre ganz falsch, wenn sie glauben, damit „Schlimmeres zu verhüten“. Aber Schuld trägt die Gewerkschaftsführung mit ihrer verbrecherischen Tolerierungs- und Ausweichepolitik. Jedes weitere Ausweichen vor dem Kampf vergrößert nur das Uebel. Darum: Radikale Kursänderung in der Gewerkschaftspolitik und Taktik.

Die RGO wird über die Entscheidung bei den Rohrlegern Riesenlärm schlagen. Aber ohne Prophetengabe kann vorausgesagt werden, daß sie mit ihrem „roten“ Rohrlegerverband nicht ein Jota daran ändern wird. Ja, sie ist mit schuld, daß es soweit bei den Rohrlegern kommen konnte.

Bauarbeiter

lehnen Schiedsspruch ab

TU. Köln, 20. Mai 1932.

Die Arbeiter haben den längst für das rheinische Baugewerbe gefällten Schiedsspruch, der für den Maurer in Lohnklasse I einen Stundenlohn von 92 Pf. und für den Tiefbauarbeiter einen solchen von 66 Pf. vorsah, abgelehnt. Die Unternehmer haben den Spruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Lohnentlohnung in der Textilindustrie

Die Vereinigten Arbeitgeberverbände für die Textilindustrie von Gladbach-Rheydt und Umgebung haben, nachdem sie kürzlich schon den Manteltarif gekündigt hatten, die Lohnentlohnung zum 4. Juni gekündigt. Neben einer Herabsetzung der Lohnhöhe wird die völlige Umarbeitung zahlreicher Punkte des Tarifvertrages verlangt. Nach den Tarifverträgen werden etwa 45 000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlohnt.

Ein französischer Nordwolle-Skandal?

Ueber das Comptoir der Leinenindustrie, das als Spitzenorganisation einer großen Anzahl nordfranzösischer Textilwerke angesehen werden kann, wurde Mitte März das Konkursverfahren eröffnet. Man hatte den Fehlbetrag der Gesellschaft bisher nur auf einige Millionen Franken geschätzt. Im Laufe der letzten Wochen sind jedoch eine große Anzahl neuer Klagen von Gläubigern eingelaufen, die diesen Fehlbetrag auf mindestens 100 Millionen Franken ansteigen lassen. Eine ganze Reihe nordfranzösischer Großindustrieller soll bloßgestellt sein.